

Schriftenreihe der Universitätsbibliothek Berlin

Nr. 7

Aus der Arbeit
der
Universitätsbibliothek Berlin

Berlin 1971

Schriftenreihe der Universitätsbibliothek Berlin

Nr. 7

Aus der Arbeit
der
Universitätsbibliothek Berlin

Berlin 1971

Verantwortlich für die Redaktion Dr. Christa Schwarz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Zum Geleit

4

Joachim Krueger:

Die Entwicklung der Aufstellung sowie der Standort- und Sachkatalogisierung in der Universitäts-Bibliothek Berlin

6

Erich Stietz:

Die Schulprogrammsammlung in der Universitäts-Bibliothek Berlin

23

Hanna Baum:

Zu Problemen der Leitungstätigkeit im Bereich der Information und Dokumentation an Universitäten (Diskussionsbeitrag)

34

Hans-Joachim Meister:

Die Aufgaben des wissenschaftlichen Sekretärs innerhalb der Leitung einer Universitätsbibliothek

43

Christa Schwarz:

Die Zentrale Informationsabteilung der Universitäts-Bibliothek Berlin

49

Gerhard Schwarz:

Der Arbeitskreis der Universitätsbibliotheken und das Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen

58

Zum Geleit

Die im vorliegenden Heft vereinigten Aufsätze stellen einen Beitrag zur Geschichte und Gegenwart der Universitäts-Bibliothek Berlin dar.

Diese Arbeiten sind Herrn Professor Dr. Oskar Tyszkos gewidmet, der zum gegenwärtigen Zeitpunkt zehn Jahre die Funktion des Direktors der Bibliothek innehat. Mit dieser zehnjährigen Tätigkeit verbindet sich eine wichtige Etappe nicht nur der Geschichte der Universitäts-Bibliothek Berlin, sondern auch der Geschichte des Bibliothekswesens der Hochschulen der DDR. Die früher häufig zu beobachtende Isolierung der Bibliotheken von Lehre und Forschung innerhalb ihrer Hochschule ist heute durch die Auswirkungen der dritten Hochschulreform überwunden. Sie sind zu einem fest integrierten Bestandteil des Lebens ihrer Hochschule geworden. Die Schaffung eines einheitlichen Bibliotheksnetzes innerhalb des Hochschulbereichs ist Oskar Tyszkos Verdienst. Unter seiner persönlichen Teilnahme wurde der Grundstein für die sozialistische Hochschulbibliothek gelegt und ein Modell geschaffen, das entscheidenden Einfluß auf Inhalt und Zielsetzung der Anweisung 22/69 des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen "Über die Stellung, Aufgaben und Arbeitsweise des Bibliothekswesens und der wissenschaftlichen Information an den Hochschulen" hatte.

Die Universitäts-Bibliothek Berlin sieht zu diesem Zeitpunkt auf ihr 140-jähriges Bestehen zurück. Die ersten Beiträge dieses Heftes gestatten einen Rückblick auf die Geschichte der Bibliothek. In der Arbeit von Joachim Krueger wird die bisher nicht fixierte, sehr wechselhafte Geschichte der Aufstellung der Bücher sowie der Standort- und Sachkatalogisierung festgehalten. Erich Stietz hat mit der Darstellung der Schulprogramm-sammlung, einer nahezu vollständigen Spezialsammlung der Universitäts-Bibliothek Berlin, eine in der bibliothekarischen Fachliteratur wenig behandelte Thematik theoretisch und

historisch dokumentiert.

Der zweite, umfangreichere Teil, behandelt einige Fragen der Arbeit einer Hochschulbibliothek als festen Bestandteil der sozialistischen Wissenschaftsorganisation. Hier schlägt sich die einjährige Erfahrung einer nach der Hochschulreform in wissenschaftlichen Bibliotheken eingeführten funktionellen Erweiterung nieder. Hanna Baum berichtet über Probleme der Leitungstätigkeit im Bereich der Information und Dokumentation an Universitäten und Hans-Joachim Meister über die Aufgaben eines wissenschaftlichen Sekretärs in der Universitäts-Bibliothek. Der Beitrag von Christa Schwarz soll die Aufgaben der seit Herbst 1970 an der Universitäts-Bibliothek Berlin neu aufgebauten Zentralen Informationsabteilung nahebringen. Einen besonderen Aspekt der Tätigkeit Oskar Tyszkos behandelt Gerhard Schwarz mit der Darstellung der Beziehungen zwischen dem Arbeitskreis der Direktoren der Universitätsbibliotheken, dessen Vorsitzender Oskar Tyszko ist, und dem Methodischen Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken, einem Stabsorgan des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen.

Es freut uns, diese Beiträge, in deren Mittelpunkt die moderne Bibliothek steht, zu Ehren des 8. Parteitages der SED herausbringen zu können.

Christa Schwarz

Die Entwicklung der Aufstellung sowie der Standort- und Sachkatalogisierung in der Universitätsbibliothek Berlin

Die erste Instruktion für den Aufseher der Universitätsbibliothek, die der preussische Minister der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten am 18. 8. 1831 erließ, schrieb in Absatz II e und f vor, der Aufseher habe "wissenschaftliche oder Realkataloge nach Art der in der Königlichen Bibliothek [der jetzigen Deutschen Staatsbibliothek] vorhandenen anzufertigen und fortzuführen" sowie "die Bücher in einer dem Realkatalog entsprechenden Ordnung aufzustellen"¹⁾.

Diese in der Instruktion festgelegten Aufgaben wurden bald in Angriff genommen und fürs erste auch gelöst. Um, wie Friese²⁾ sagt, für die Universitätsbibliothek "bei der Universität eine regere Teilnahme zu erwecken, als ihr bisher bewiesen war", regte Friedrich Wilken, der damals als Oberbibliothekar der Königlichen Bibliothek die Aufsicht über die Universitätsbibliothek führte, sogar an, das Ergebnis der Katalogarbeit gedruckt vorzulegen.

So ist es zu verstehen, daß die Universitätsbibliothek noch kein Jahrzehnt bestand, als sie bereits mit einem gedruckten systematischen Katalog hervortrat.³⁾ Er nannte sich "Catalogus librorum qui in bibliotheca universitatis litterariae Fridericae Guillelmae Berolinensis adservantur", erschien 1839 und war - instruktionsgemäß - ein standortgebundener Realkatalog. Vorwort und Gliederungsschema waren in lateinischer Sprache abgefaßt. Das Schema entsprach dem damaligen Aufbau der Universität und ließ - nach einem einleitenden Abschnitt zur "Historia Litteraria" - die Gruppen "Theologia", "Jurisprudentia et politica" und "Doctrina medica" aufeinander folgen, um dann im wesentlichen mit den in der Philosophi-

schen Fakultät vereinigten Fachgebieten abzuschließen. Die Aufstellung der Bücher im Magazin stimmte (und stimmt, soweit die Bücher später nicht umsigniert wurden, noch heute) mit der Ordnung der Titel im Katalog überein. Die Signaturen bestanden nur aus Zahlen. Erstaunlich ist jedoch, daß man nicht mit springenden Signaturen gearbeitet, sondern den Gesamtbestand lückenlos von 1 bis 6218 durchnummeriert hat.

Es ist schwer vorstellbar, wie man sich die Einfügung von Neuerwerbungen in ein System gedacht hat, das keine Signaturen mehr freiließ. Die misslichen Folgen zeigten sich bald. Zunächst einmal half man sich damit, daß man den bereits vergebenen Zahlensignaturen, um sie erneut verwenden zu können, Exponenten in Form von kleinen und später auch großen Buchstaben anfügte, was für eine Weile den nötigen Spielraum bei der Vergabe neuer Signaturen bot. Damit begann bereits der Nachtrag, der die letzten zwölf Seiten des Kataloges von 1839 umfasst, und so verfuhr ausschließlich das 1842 erschienene "Catalogi librorum qui in bibliotheca universitatis litterariae Fridericae Guillelmae Berolinensis adservantur supplementum", das weitere 2 000 Werke nachwies.

Doch diese Art und Weise, neue Signaturen zu bilden, konnte unmöglich lange Zeit fortgesetzt werden, da man über zwei Buchstabenexponenten nicht gut hinausgehen konnte, wollte man die Signaturen nicht unerträglich komplizieren.

Nicht zuletzt diese Kalamität zwang dazu, die bisherige systematische Aufstellung der Bücher abubrechen. Als interimistischer Ersatz wurde - vermutlich schon vor 1880 - eine alphabetische Aufstellung in ca. 20 Sachgruppen eingeführt. Innerhalb dieser Sachgruppen, die sich an die entsprechenden Gruppen der systematischen Aufstellung inhaltlich anschlossen, erhielten die Bücher, da sie alphabetisch leicht auffindbar waren, zunächst gar keine Signatur. Das mochte angehen, solange die Zahl der Neuzugänge nicht eben bedeutend war. Es war auch insofern berechtigt, als die alphabetische Aufstellung von vornherein "nur provisorisch" gedacht war und lediglich bis

zur Einführung einer neuen systematischen Aufstellung beibehalten werden sollte⁴⁾. Da aber der Bestand seit dem Ende des 19. Jahrhunderts doch rascher anwuchs als erwartet, erschien schließlich trotz allem eine "Numerierung geboten", schon um Verstellungen leichter zu vermeiden⁵⁾. So entstanden die Gruppensignaturen, die sich aus der (abgekürzten) Bezeichnung der Gruppe (Kunst, Theol., Gesch. usw.) und einer laufenden Nummer zusammensetzen.

Entsprechend dem Übergangscharakter der alphabetischen Aufstellung in Gruppen galten die Gruppensignaturen ebenfalls als Übergangssignaturen. Daher wurden sie in die Kataloge nur mit Bleistift eingetragen. Sie sollten später durch andere, endgültige Signaturen ersetzt werden.

Es dauerte indessen geraume Zeit, bis alle Neuzugänge, die nicht mehr in die alte systematische Aufstellung eingefügt worden waren, ihre vorläufige Gruppensignatur hatten. Die Arbeit daran begann 1903, doch erst im Juli 1915 konnte die Bibliothek berichten, daß die Aktion im Wesentlichen abgeschlossen sei. Nur in den Gruppen "Landwirtschaft" und "Technik" seien die Bücher noch ohne Individualsignaturen⁶⁾. Inzwischen hatte die Arbeit an einem neuen systematischen Katalog und einer neuen systematischen Aufstellung längst begonnen, ja, sie nahm die Kräfte der Bibliothek so stark in Anspruch, daß die Vergabe der Übergangssignaturen wohl nur nebenbei erledigt werden konnte und sich darum so lange hinzog.

Daß ein neuer systematischer Katalog geschaffen werden sollte, hatte seit langem festgestanden. Denn ganz abgesehen von der "Signaturennot", in die man mit dem alten Realkatalog geraten war, konnte man wohl sagen, daß dieser recht bald, ja, allzu rasch den wachsenden Anforderungen nicht mehr zu genügen vermochte. Und das umso weniger, als der Bestand der Bibliothek, der um 1840 etwa 10 000 Bände betragen haben mag, sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts (31. 3. 1899) auf ca. 149 000 Bände im Hauptbestand belief, zu dem ein Sonderbestand von über 136 000 Hochschulschriften und gut 26 000

Schulschriften hinzukam⁷⁾. Es mußte also "täglich bitterer empfunden" werden, daß es an einem ausreichenden Sachkatalog fehlte⁸⁾.

Der wohl zu Beginn des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts entwickelte Plan sah einen neuen Systematischen Katalog vor, der den gesamten Hauptbestand erschließen sollte, also auf die Verzeichnung der Hochschul- und Schulschriften grundsätzlich verzichtete. Da er aber standortgebunden sein sollte - denn das verlangte ja die Instruktion und das galt ohnehin als selbstverständlich -, so war nicht nur ein neuer Katalog anzulegen, sondern es mußten auch die Bücher neu aufgestellt und umsigniert werden. Sowohl die alten Zahlensignaturen, wie auch die provisorischen Gruppensignaturen waren durch neue Signaturen zu ersetzen. Ohne Zweifel stellte das eine große und schwer zu bewältigende Aufgabe dar.

Was die äußere Form anging, so entschied sich die Bibliothek in beachtenswert progressivem Sinne für den Zettelkatalog. Schon 1865 begann man unter Koners Leitung, den gesamten Hauptbestand zu verzetteln. Doch erst 1889 konnte diese Arbeit unter Ermans Leitung abgeschlossen werden, da lange Zeit die erforderlichen Sondermittel nicht zur Verfügung standen, die regulären Mittel und Kräfte der Bibliothek dazu aber nicht ausreichten. In den Jahren 1890 bis 1893 wurden die Zettel noch einmal überprüft und gleichzeitig nach dem Vorbild des 1842 begonnenen Realkatalogs der Königlichen Bibliothek in eine vorläufige systematische Ordnung gebracht⁹⁾.

Im Januar 1894 begann dann die eigentliche Arbeit. Das System, das man entwarf, lehnte sich an das Schema des Realkatalogs der Königlichen Bibliothek an, ohne sich jedoch völlig mit ihm zu decken. Die Bibliotheksleitung schätzte damals, die gesamte Arbeit werde neunzehn bis zwanzig "Arbeitsjahre eines Beamten" in Anspruch nehmen¹⁰⁾. Das bezog sich jedoch nur auf die wissenschaftliche Arbeit, die geleistet werden mußte, um ein neues System zu schaffen, die Titel einzuordnen und ihre Signaturen festzulegen. Nicht eingerechnet war die zusätzliche Arbeit, die beim Transport und der Neuaufrstellung der Bücher sowie

besonders bei der Änderung der Signaturen im Buch und im Alphabetischen Bandkatalog (seit 1909 auch im Alphabetischen Zettelkatalog) anfiel.

In den ersten Jahren machte das Unternehmen relativ gute Fortschritte. Als aber im Zusammenhang mit der Einführung der Preussischen Instruktion und der Vorbereitung des Gesamtkatalogs (GK) der Alphabetische Bandkatalog umzuarbeiten war, mußte der Systematische Katalog zu dessen Gunsten zurückstehen. Die Arbeit wurde für etwa sieben Jahre (1901 - 1908) unterbrochen.

Eine weitere Verzögerung erlitt die Arbeit an dem neuen Systematischen Katalog dadurch, daß ein großer Teil des Zettelmaterials umgeschrieben werden mußte. Die überwiegende Menge der Titel, d.h. die vor 1902 angefertigten, war auf Papierzetteln eines größeren Formats aufgenommen. Nach der Einführung des Titeldrucks aber war der Übergang zum internationalen Format unumgänglich. Das Umschreiben, mit dem man 1909 begann und das der Anlage der einzelnen Katalogteile vorausgehen mußte, hat sich bis in die Jahre zwischen den beiden Weltkriegen hingezogen und die Arbeit sicherlich oft gehemmt¹¹⁾. Noch im Mai 1939 wurden neue "Regeln für die Umschrift der Syka-Zettel" erlassen.

So kam das Unternehmen nur langsam voran. Im März 1911 war immerhin ein Fünftel der Arbeit bewältigt. Trotzdem stellte der Systematische Katalog vorerst kaum mehr als ein "Bruchstück" dar¹²⁾. Die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg brachten infolge Personalausfällen nur geringe Fortschritte. Nach Ausbruch des Krieges mußte die Arbeit z.T. eingestellt werden. Der größere Teil der Arbeit ist zwischen den beiden Weltkriegen geleistet worden, obgleich es auch dann nicht ohne Hindernisse und Schwierigkeiten abging. Eine Verzögerung brachte z.B. der im April 1922 erfolgte Umzug der Bibliothek in das neue Gebäude mit sich (in dem sie sich noch jetzt befindet). Weiterhin fehlte es in den zwanziger, aber auch in den dreißiger Jahren immer wieder an Personal, besonders an Bibliothekaren und Hilfskräften, so daß die Arbeit der Wissen-

schaftler zwar voranging, aber die - oben genannten - anderen, mehr mechanischen Arbeiten zurückblieben. Im Dezember 1928 ist von der Gefahr die Rede, daß die Arbeit überhaupt ganz zum Erliegen komme¹³⁾. Es gelang jedoch, diese Gefahr abzuwenden, so daß Hoecker 1931 zur Hundertjahrfeier der Bibliothek immerhin berichten konnte, der Systematische Katalog sei zu zwei Dritteln fertig, doch sei die Frage der systematischen Aufstellung der Bücher noch unentschieden¹⁴⁾.

Hoecker berührt damit einen wesentlichen Punkt. Er stellt - mit Recht - infrage, was bisher als selbstverständlich galt. Die Berichte der Bibliothek an das Ministerium beweisen eindringlich genug, daß sich die größten Verzögerungen aus der Änderung des Standorts der Bücher, dem sog. Umsignieren, ergaben, das erforderlich war, wenn man eine neue systematische Aufstellung der Bücher vornehmen wollte. Doch eben darauf hätte man verzichten können. Es bestand sehr wohl die Möglichkeit, es bei der akzessorischen Aufstellung der Bücher zu belassen und einen standortfreien Systematischen Katalog zu schaffen. Wurden doch die - oben erwähnten - alphabetischen Aufstellungsgruppen, nachdem die Bücher Signaturen erhalten hatten, als rein akzessorische Aufstellungsgruppen, also unter Verzicht auf die alphabetische Ordnung, fortgeführt. Wiewohl als vorläufig gedacht, konnten sie durchaus definitiven Charakter annehmen.

Jedenfalls stand dem unter den damaligen Bedingungen insofern nichts entgegen, als in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg die Nachteile der akzessorischen Aufstellung noch nicht gesehen wurden. Noch dachte man nicht daran, daß eine akzessorische Aufstellung die unmittelbare Heranführung des Lesers an das Buch verhindern würde. Man trat also nicht für die systematische Aufstellung ein, weil etwa in der Perspektive größere Teile des Bestandes frei zugänglich sein sollten und folglich systematisch aufgestellt sein mußten. Dazu hätten schon die räumlichen Voraussetzungen gefehlt. Vielmehr dürfte dafür, daß man trotz zeitweiligen Schwankens schließlich doch an der systematischen Aufstellung festhielt,

die hergebrachte Überzeugung verantwortlich sein, wonach allein die systematische Aufstellung einer wissenschaftlichen Bibliothek würdig sei. Daneben mag der immerhin verständliche Wunsch eine Rolle gespielt haben, das Werk so zu vollenden, wie es begonnen worden war.

Nur so ist es wohl zu erklären, daß die Gegner der akzessorischen Aufstellung sich durchsetzten, als Ende 1931 die unentschiedene Frage der Aufstellung, von der Hoecker sprach, entschieden wurde. Eine Konferenz über die Fertigstellung des Systematischen Kataloges beschloß am 8. 12. 1931, die Arbeit sei wie bisher weiterzuführen, und legte ausdrücklich fest: "Desgleichen bleibt es bei der systematischen Aufstellung der Bücher im Magazin"¹⁵⁾.

Dieser Beschluß ist umso erstaunlicher, als ja nicht nur ein Mangel an Arbeitskräften ihm widersprach, sondern auch das "Dogma" der systematischen Aufstellung in jenen Jahren - durch die bekannten Einwürfe von Georg Leyh¹⁶⁾ - längst erschüttert war. Und Leyh hatte ja nur einer Überzeugung begründeten Ausdruck verliehen, die sich schon vorher durchzusetzen begann.

Das Ministerium hatte nämlich Anfang 1911 von den preussischen Bibliotheken Berichte über den Stand der Katalogisierung sowie Vorschläge zur weiteren Entwicklung des Katalogwesens eingefordert¹⁷⁾. Die daraufhin erstatteten Berichte hat Schwenke in einem Gutachten vom November 1911 zusammengefaßt. Darin heißt es: "In dieser wie auch in anderen Beziehungen ist die grundsätzliche Frage von größter Bedeutung, die von Breslau ausdrücklich formuliert, aber auch von Königsberg erörtert und von K.B. [Königliche Bibliothek, Berlin] gestreift wird: ob nämlich die Aufstellung der Bücher eine systematische sein und mit dem Realkatalog zusammenfallen muß. Breslau erklärt die hierüber bei uns herrschende Auffassung für überlebt und will für den Zuwachs der Bibliothek ein nur nach 100 - 150 Gruppen getrenntes Inventar anlegen, während der Realkatalog ein Schlagwortkatalog sein soll."

Königsberg kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, daß die große Arbeit einer Umsignierung des ganzen Bücherbestandes nach Fertigstellung des Realkatalogs gespart werden kann und daß es zulässig ist, die bisherigen, allerdings nur in sehr großen Gruppen geführten Standortkataloge beizubehalten. Derselbe Vorschlag wird bedingungsweise für Katalogumarbeitungen von K.B. gemacht."¹⁸⁾

Solche von bibliothekspraktischen Gesichtspunkten ausgehenden Überlegungen, die im Jahre 1931 wohl noch mehr Gültigkeit beanspruchen konnten als 1911, fanden jedoch in der Universitätsbibliothek Berlin keinen Beifall. Die Folge des unentwegten Festhaltens an der systematischen Aufstellung war, daß, von unwesentlichen Resten abgesehen, die Erarbeitung eines neuen Systematischen Kataloges zwar noch vor dem Ende des zweiten Weltkrieges abgeschlossen werden konnte, daß jedoch die Umsignierung und Neuauftellung der Bücher unvollendet blieb¹⁹⁾. Wurde sie in den Jahren vor 1939 - nur ! - durch Personalmangel verzögert, so traten in den Kriegsjahren, soweit die Arbeit überhaupt noch fortgeführt werden konnte, neue, zusätzliche Hindernisse in Form kriegsbedingter Maßnahmen auf. So war es z.B. einem internen Bericht vom 28. 4. 1943 zufolge nicht möglich, die Umsignierung und Neuauftellung der theologischen Literatur zu beenden, "da die dazu nötige Einsicht in die einzelnen Bücher durch die Luftschutzmaßnahmen der UB unmöglich gemacht wurde"²⁰⁾.

Aus diesen Gründen lag 1945 ein systematischer Katalog vor, der zu drei Vierteln standortgebunden und zu einem Viertel standortfrei war. Und zwar blieben standortfrei die Gebiete Naturwissenschaften, Technik, Ausländische Geschichte, Philosophie, Psychologie sowie zu einem mehr oder minder großen Teil die Gebiete Allgemeines, Theologie, Kunst und Pädagogik.

Im Magazin war zu den nicht unbedeutenden Resten der beiden bisherigen Aufstellungsarten, nämlich der alten systematischen und der Gruppeneinstellung, als dritte die neue systematische Aufstellung getreten. Neben den Zahlen- und den Gruppensigna-

turen gab es nun die Buchstabensignaturen der neuen systematischen Aufstellung; sie bestehen aus einem Großbuchstaben, zu dem meistens noch ein Kleinbuchstabe tritt, sowie einer Zahl (z.B. = A 15 300; He 740).

Es sind wahrscheinlich in erster Linie die äußeren Umstände gewesen, die bewirkt haben, daß die liegen-gebliebene Arbeit nach 1945 ernsthaft nicht wieder aufgenommen wurde. Mindestens in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch hatte man in der Tat andere Sorgen als die Vollendung der systematischen Aufstellung. Und bald kamen neue, weit wichtigere Aufgaben auf die Bibliothek zu. Nachzuholen war nur eines: die Führung eines ausreichenden Standortkataloges für die standortfreien Teile des Systematischen Kataloges.³ Das erfolgte jedoch erst im Zusammenhang mit der endgültigen Abkehr von der systematischen Aufstellung überhaupt.

Anfang der fünfziger Jahre wurde die Frage akut, ob die (neue) systematische Aufstellung fortgeführt werden sollte oder nicht. Dagegen sprachen Raumnot an einzelnen Stellen im Magazin, aber auch eine "Signaturennot", in die man erneut an bestimmten Stellen im Systematischen Katalog geraten war. Man hatte dort dazu übergehen müssen, entweder die Buchstaben- oder die Zahlenelemente der Signatur durch Bruchstriche zu erweitern (z.B. $Y\frac{Z}{A} 4\ 000$ oder $Xh \frac{7000}{20}$).

Die Entscheidung fiel nun zugunsten der akzessorischen Aufstellung und es wurde unter der Leitung von W. Göber beschlossen, die systematische Aufstellung ab 1954 prinzipiell abubrechen. Von diesem Zeitpunkt an sollten alle Neuerwerbungen akzessorisch in Gruppen aufgestellt werden. Das bedeutete, daß die sieben noch bestehenden Aufstellungsgruppen fortzuführen und außerdem drei neue Gruppen einzurichten waren (Pol., Med., Ling.). Ferner entschloß sich die Bibliothek, Monographien und Periodica aufstellungsmäßig zu trennen, um die Raumplanung im Magazin zu erleichtern. Daher traten zu den zehn monographischen Aufstellungsgruppen noch zehn für Periodica; ihre Signaturen sind durch ein P erweitert (z.B. =

Med. P. 200).

Ausgenommen von dieser Regelung blieben Erwerbungen, deren Aufstellungsort und Signatur dadurch bereits festlagen, daß sie andere Auflagen oder weitere Bände einer bereits vorhandenen Monographie bzw. weitere Bände eines bereits vorhandenen Periodicums darstellen.

Mit diesem generellen Übergang zur akzessorischen Aufstellung wurde es in erhöhtem Maße erforderlich, für alle Aufstellungsgruppen Listen zu führen, die die Funktion eines Standortkataloges in ausreichender Weise wahrzunehmen vermochten.

Bis dahin hatte die Bibliothek der standortkatalogmässigen Erfassung der akzessorisch aufgestellten Bestände nur wenig Beachtung geschenkt, sicherlich weil man hoffte, die akzessorische Aufstellung würde im Zuge des Umsignierens und der Einführung der neuen systematischen Aufstellung überhaupt verschwinden. Und so wie die Gruppensignaturen erst viele Jahre nach der Einrichtung der Gruppenaufstellung eingeführt wurden, so verstrichen auch in diesem Falle Jahrzehnte, bis die Bibliothek sich bereitfand, für die "provisorischen" Aufstellungsgruppen wenigstens einen provisorischen Standortkatalog anzulegen.

Die - wenn auch nur ahnungsweise aufkommende - Überzeugung, daß das große Werk der neuen systematischen Aufstellung vielleicht doch unvollendet bleiben könnte, mag die Bibliotheksleitung 1936 dazu veranlasst haben, ab Januar 1937 Standortlisten für die damals noch nicht in die neue systematische Aufstellung eingearbeiteten sechs akzessorischen Aufstellungsgruppen Geschichte, Kunst, Philosophie, Theologie, Naturwissenschaft und Technik einrichten zu lassen²¹⁾. Diese Standortlisten, die von den Mitarbeitern des Systematischen Kataloges geführt wurden, liessen natürlich, da sie erst mit dem Erwerbungsjahr 1936 einsetzten, die Erwerbungen der vorangegangenen Jahrzehnte, insgesamt wohl gegen 80 000 Titel, unerfaßt. Ein späterer Versuch, sie rückwärts zu ergänzen, blieb in den Anfängen stecken. Sie haben ferner den Mangel, daß damals nur das erste Ordnungswort vermerkt und auf die

Nachtragung weiterer Auflagen und Bände verzichtet wurde.

Dieser erste Ansatz einer Standortkatalogisierung wurde nun 1954 so ausgebaut, daß von diesem Jahre an für alle zwanzig Aufstellungsgruppen Standortlisten vorhanden sind, die die für einen standortkatalogmässigen Nachweis erforderlichen Angaben in ausreichender Weise enthalten.

Wenn dank dieser Maßnahmen für die akzessorisch aufgestellten und im Systematischen Katalog standortfrei nachgewiesenen Bestände wenigstens ab 1954 (Erwerbungsjaar 1953/54 ff.) ein Standortkatalog existiert und damit eine Revisionsgrundlage, so fehlt diese für jene Werke mit Zahlensignaturen, die zur alten systematischen Aufstellung gehören und nicht umsigniert worden sind. Sie verblieben aufstellungsmässig in der alten Ordnung, ihre Titel erscheinen in den standortfreien Teilen des Systematischen Kataloges. Der eingangs erwähnte gedruckte Katalog von 1839/42 ist heute als Standortkatalog für diese ältesten Bestände nur von ganz geringem Wert, da er das nicht verzeichnen kann, was nach seinem Erscheinen noch in die alte systematische Aufstellung aufgenommen worden ist. Ihn zu ergänzen, ist des hohen Arbeitsaufwandes wegen nie in Erwägung gezogen worden.

Nachdem die Standortkatalogisierung zumindest der Neuerwerbungen gesichert war, konnte dazu übergegangen werden, den Systematischen Katalog prinzipiell standortfrei fortzuführen, und zwar auch in seinen standortgebundenen Teilen. Ausgenommen von diesem Prinzip blieben - und bleiben, von der Auflösung der Serien abgesehen, noch heute - jene Neuerwerbungen, die andere Auflage oder weiterer Band eines Werkes sind, das im Systematischen Katalog standortgebunden katalogisiert ist. Nur noch solche Neuerwerbungen erhielten - bzw. erhalten - Buchstabensignaturen und wurden - bzw. werden - systematisch aufgestellt und standortgebunden katalogisiert.

Für sich genommen, haben sich die akzessorische Aufstellung in zwanzig Gruppen sowie die standortfreie Verzeichnung im Systematischen Katalog durchaus bewährt. Betrachtete man je-

doch den Geschäftsgang als Ganzes, so müßte die Führung besonderer Standortlisten zwar als notwendig gelten, schien aber nicht gerade rationell zu sein, zumal wenn man in Rechnung stellte, daß jeder Titel außerdem in das Akzessionsjournal, in zwei alphabetische Kataloge und in einen Sachkatalog eingetragen wurde. Ausführliche Beratungen über die Rationalisierung des Geschäftsganges, die 1963 unter Leitung von Direktor Dr. Tyszkowski stattfanden, haben dann zu dem Entschluß geführt, eine grundlegende Reform des Geschäftsganges vorzunehmen. Sie trat 1964 in Kraft und bestimmte u.a., daß die Führung der Standortlisten eingestellt wurde und das Akzessionsjournal die Funktion eines Standortkataloges mit übernahm.

Es versteht sich, daß damit auch die bisherige Art der Aufstellung geändert werden mußte. Die zwanzig Aufstellungsgruppen, die ja Sachgruppen waren, wurden abgebrochen. Sie wurden ersetzt durch eine Aufstellung der Monographien in Jahresgruppen und der Periodica in einer besonderen Gruppe ohne Jahresabschnitte. Diese Lösung bot sich nicht nur von den Akzessionsjournalen her an, sondern erschien auch aus Gründen geboten, die in den Raumverhältnissen im Magazin zu suchen waren. Denn mit der Raumnot im Magazin war die Aufstellung der Neuerwerbungen in zwanzig Gruppen, d.h. an zwanzig verschiedenen Stellen, auf die Dauer nicht zu vereinbaren, da sie zu oft zu kleineren oder größeren "Rück"-Aktionen zwang. Dagegen ließ sich durch ein einmaliges, umfassendes Zusammenrücken aller Bestände immerhin so viel Platz schaffen, um an einer Stelle im Magazin wenigstens vorläufig die Neuerwerbungen aufstellen zu können.

Damit wurde die vierte Aufstellungsart eingeführt. Die Signaturen der dazu gehörigen Monographien setzen sich aus der abgekürzten Jahreszahl, dem Formatbuchstaben und einer laufenden Nummer zusammen (z.B. = 64 A 310). Bei Periodica tritt an die Stelle der Jahreszahl ein P (z.B. = P A 730).

Daß nicht jede Neuerwerbung schlechthin in der neuen Weise aufgestellt werden konnte, daß vielmehr auch die Geschäfts-

gangsreform von 1964 für weitere Bände und andere Auflagen ähnliche Ausnahmen machen mußte, wie es bei den Maßnahmen von 1954 der Fall gewesen war, leuchtet ein und verstand sich von selbst. Doch die Zahl dieser Ausnahmen wurde nicht unbeträchtlich dadurch reduziert, daß man von jetzt ab bei den meisten Serien auf geschlossene Aufstellung verzichtete und ihre Stücke aufstellungsmässig wie Monographien behandelte.

Die Entwicklung der Aufstellung in der Universitätsbibliothek dürfte damit ihren dem heutigen Stand bibliothekarischer Praxis und den derzeitigen Raumverhältnissen entsprechenden vorläufigen Abschluß gefunden haben. Nach einem Umweg, der mehr als ein halbes Jahrhundert in Anspruch nahm, ist aus dem Provisorium der akzessorischen Aufstellung ein Definitivum geworden.

Daß es nun vier verschiedene Aufstellungsarten gibt, ist für die Arbeit im Magazin nicht allzu erheblich. Anders jedoch steht es mit der Katalogarbeit. Daß drei verschiedene Instrumente (der Systematische Katalog, die Standortlisten, die Akzessionsjournale) nach- und nebeneinander als Standortkatalog fungieren, macht die Arbeit weder leichter noch übersichtlicher.

Weit ungünstiger aber wirkt sich die - wenn auch unvollendete - Standortbindung aus. Viel wertvolle Zeit ist vertan worden, um einen Torso zu schaffen, der schwerfällig in sich beharrt und sich selbst unter erheblichem Arbeitsaufwand nur sehr unvollkommen der raschen Entwicklung der modernen Wissenschaften anpassen läßt.

Überdies konnte es bei der sich über Jahrzehnte hinziehenden Arbeit nicht ausbleiben, daß, als man das Werk eher abbrach als abschloß, die zuerst bearbeiteten Katalogteile schon mehr oder minder veraltet waren. Man mag dem ständigen Personal-mangel in der Bibliothek sowie der Tatsache, daß zwei Weltkriege den Fortschritt der Arbeit schwer behinderten, einen guten Teil der Schuld zuschreiben. Es ist wohl möglich, daß man unter günstigeren Bedingungen nicht gerade fünf Jahrzehnte

te benötigt hätte. Aber fest steht wohl auch, daß der unglückliche Plan des Umsignierens der Bücher sich als arges Hemmnis erwiesen hat. Ein standortfreier Sachkatalog hätte mehr Aussicht gehabt, zum Abschluß zu kommen, bevor er teilweise überholt war.

Schließlich bleibt freilich zu fragen, ob überhaupt ein anderes Ergebnis zu erwarten war, wenn es eine Bibliothek mittlerer Größe im Alleingang unternimmt, einen neuen Sachkatalog für ihren gesamten Hauptbestand, also auch die ältere Literatur, zu schaffen. Bei allem Rückhalt, den die Universitätsbibliothek bei der Königlichen Bibliothek gefunden haben mag, stand sie letzten Endes mit ihrer Arbeit doch allein da, ganz auf die eigenen Kräfte angewiesen. Selbst wenn die gesellschaftlich-politischen Verhältnisse besser gewesen wären, wenn nicht Krieg, Inflation und wiederum Krieg die Arbeit durchkreuzt hätten, die unzureichenden Kräfte einer einzelnen Bibliothek mittlerer Größe hätten kaum ausgereicht, um zu verhindern, daß ihr Systematischer Katalog, eben weil er zu einem Werk von Jahrzehnten werden mußte, nicht bereits anfang zu veralten, noch ehe er vollendet war.

Anmerkungen

- 1) J. F. W. Koch : Die preussischen Universitäten. Bd. 2. Abt. 2. Berlin 1840, S. 616
- 2) K. Friese : Geschichte der Königlichen Universitäts-Bibliothek zu Berlin. Berlin 1910, S. 59
- 3) Näheres über die Entstehung des gedruckten Kataloges und des Supplements bei K. Friese, a.a.O., S. 59 f. und 70 - 73
- 4) Acta der Universitäts-Bibliothek Berlin. Katalogisierung. Allgemeines. N.a. I. Bericht Frankes an das Ministerium vom 20. 2. 1904
- 5) ebenda
- 6) Acta , a.a.O., Bericht Frankes an das Ministerium vom 5. 7. 1915
- 7) Eine Zählung vom 4. 3. 1890 erbrachte 137 792 Buchbinderbände (einschließlich Hochschulschriften), zuzüglich ca. 56 000 ungebundene Hochschul- und Schulschriften. Bei späteren Bestandsangaben wird zwischen dem Hauptbestand und dem Sonderbestand an Hochschul- und Schulschriften unterschieden:

Datum	Hauptbestand	Hochschul- schriften	Schulschriften
31.3.1899	149 014	136 438	26 400
31.3.1912	252 049	237 432	44 024
31.3.1931	440 936	359 257	51 242
1939	626 367	464 306	51 482

Entnommen aus der "Chronik..."; s. Anmerkung 10

- 8) Acta , a. a. O., Bericht Frankes an das Ministerium vom 7. 2. 1903
- 9) Vgl. dazu K. Friese, a.a.O., S. 150 f.; R. Hoecker: Die Universitätsbibliothek zu Berlin. Berlin 1931, S. 29
- b) Acta , a.a.O., Bericht Ermans an das Ministerium vom 13. 7. 1895.
Über die Fortschritte der Arbeit am Systematischen Katalog orientiert der Bericht über die Verwaltung der Universitätsbibliothek, der jeweils enthalten ist in der "Chronik der Kgl. Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin". Jg. 1: 1887/88 bis 29 = 1915. Berlin 1888 - 1916.
Für die Rechnungsjahre 1925 - 1930 und 1933 - 1939 sind diese Berichte selbständig erschienen u.d.T. "Bericht über die Verwaltung der Universitäts-Bibliothek zu Berlin im Rechnungsjahr ...". Berlin 1926 - 31; 1935 - 40 (mit mehr-

facher Titeländerung).

- 11) Acta..., a.a.O., Bericht Frankes an das Ministerium vom 31. 3. 1911; Acta der Universitäts-Bibliothek Berlin. Katalogisierung. Allgemeines. N.a. II. Bericht von Naetebus an das Ministerium vom 28. 6. 1926
- 12) Acta..., a.a.O., N.a. I. Bericht Frankes an das Ministerium vom 31. 3. 1911
- 13) Acta..., a.a.O., N.a. II. Bericht von Naetebus an das Ministerium vom 29. 12. 1928
- 14) R. Hoecker, a.a.O., S. 36
- 15) Acta der Universitäts-Bibliothek Berlin. Systematischer Katalog. Konferenzbeschuß vom 8. 12. 1931
- 16) Zentralblatt für Bibliothekswesen. Jg. 29 - 31 (1912 - 1914)
- 17) Acta..., a.a.O., N.a. I. Schreiben des Ministeriums vom 22. 2. 1911.
Es mag daran erinnert werden, daß das Ministerium dabei u.a. auch eine Zentralisierung der Sachkatalogisierung in Erwägung zog und Stellungnahmen zu der Möglichkeit eines "einheitlichen Realsystems" erwartete. Die Haltung der Bibliotheken zu dieser Frage faßt Schwenke (s. Anmerkung 18) so zusammen: "Es ist erwünscht, daß von einer Kommission möglichst bald ein Normalschema für den systematischen Katalog [...] ausgearbeitet und durch den Druck vervielfältigt wird." Die Mehrheit der Bibliotheken lehnte, nach Schwenke, "ein obligatorisches einheitliches System" ab, hielt aber ein "blosses Mustersystem" für wünschenswert (Hervorhebung im Original).
- 18) Acta..., a.a.O., N.a. I. Gutachten, gez. Schwenke, ohne Datum; bei der Universitätsbibliothek eingegangen am 28. 11. 1911. (Hervorhebung im Original)
- 19) Es scheint so, als ob man auf die systematische Aufstellung zuletzt nicht mehr unbedingt Wert gelegt hat. Denn eine - wohl aus dem Jahre 1935 stammende - Anweisung für die "Katalogisierung der Abteilung Technologie", die dann 1936 auch realisiert wurde, sah vor, daß die Gruppensignaturen erhalten blieben, also keine Umsignierung erfolgte. Ferner erhielt dieser Katalogteil ein eigenes Notationssystem, das nicht an die Buchstabensignaturen anknüpfte. Ähnlich verfuhr man bei den Katalogteilen "Philosophie" und "Psychologie".
- 20) Acta der Universitäts-Bibliothek Berlin. Systematischer Katalog. Bericht des Bibl.Rates Streichhan an die Direktion vom 28. 4. 1943

- 21) Die noch bestehende siebente Aufstellungsgruppe (Allgemeine Abteilung) ließ man außer acht, weil man mit ihrer baldigen systematischen Neuaufstellung rechnete, die jedoch dann nur z.T. erfolgte.

Die Schulprogrammsammlung in der Universitätsbibliothek
Berlin

Im Reglement vom 27. Juni 1890 wird der Universitätsbibliothek Berlin die Verpflichtung auferlegt, neben deutschen und ausländischen Universitätschriften auch die "unbedingte Vollständigkeit von Schulschriften" anzustreben. Die Entwicklung der aus dieser Verpflichtung erwachsenen Sonder-sammlung und der in ihr enthaltenen Literaturgattung bis zum heutigen Stand in kurzen Strichen nachzuzeichnen, soll der Zweck der nachfolgenden Ausführungen sein.

Vorauszuschicken ist, daß der Ursprung der Sammlung schon in der Zeit der Gründung der Universitätsbibliothek zu suchen ist. Bereits für das Jahr 1834 finden wir aktenkundliche Vermerke von der Hand Moritz Pinders, des damaligen Kustos der Bibliothek, mit denen er die Akzession von Schulprogrammen bestätigt, die der Bibliothek von preussischen Provinzialschul-Kollegien übersandt worden sind. Die durch ihre äußere Eigenart hervorstechende Literaturgattung der "Schulprogramme" - in späterer Zeit in Anlehnung an die Bezeichnung "Universitätschriften" vielfach auch "Schulschriften" genannt - ist eng mit der Entwicklung des deutschen Bildungs- und Schulwesens verknüpft.

Ähnlich wie an den Universitäten war es bei den alten Gelehrtschulen, den Stadt-, Fürsten- und Landesschulen Sitte, "Programmata" an dem Tor der Schule oder am Rathaus als öffentliche Bekanntmachung anzuschlagen, mit denen die Einwohner des Ortes zu einer Feierlichkeit in der Schule eingeladen wurden, und auf denen die Reihenfolge der damit verbundenen Veranstaltungen, Reden, Festakte, zuweilen auch theaterähnliche Darbietungen, mitgeteilt wurde. Des weiteren enthielten sie in der Regel eine Abhandlung, die zumeist

von dem Rektor der Schule verfasst worden war. Abgehandelt wurden vorwiegend theologische, philosophische oder pädagogische Themen, durchweg in lateinischer, seltener in griechischer Sprache. Johann Heinrich Zedler bezeichnet in seinem "Großen vollständigen Universallexikon" im 29. Band von 1741 die "Programmata als solche Schrifften, in denen jeder männlich gewisse Solennitäten und Academische Handlungen als Reden, Disputationen, Begräbnisse etc. intimiret und sie öffentlich angeschlagen werden". Hin und wieder finden wir auch kurze Mitteilungen über die Schule selbst, wie Prüfungsordnungen, Namen der Schüler oder auch ein Verzeichnis der von der Schule zur Universität abgehenden Schüler.

Von diesen alten "Programmata" sind nur sehr wenige in öffentliche Bibliotheken gelangt und erhalten geblieben. Nachdem sie ihren zeitlich eng begrenzten Zweck erfüllt hatten, erlitten sie in der Masse das Schicksal der Makulatur. Daß wir heute noch einige Kenntnis vom Inhalt und Form dieser "Programmata" haben, verdanken wir dem Forschungseifer einiger Schulmänner der älteren Generation, die sie in ihren Arbeiten zur Geschichte der Anstalten abgedruckt und besprochen haben.

Das Programm, das im 17. und 18. Jahrhundert noch eine äußerlich und innerlich vielfältige, im Erscheinen von zeitbedingten Zufälligkeiten abhängige Publikationsform eigener Prägung gewesen war, erfuhr Anfang des 19. Jahrhunderts eine durchgreifende Wandlung. Im Zuge der sich durchsetzenden Gesamtreform des Schulwesens proklamierte der Staat das Schulprogramm zu einer schulpolitischen Notwendigkeit und erklärte es zu einer gesetzlichen Institution. In Preußen geschah das durch die Ministerialverfügung vom 23. 8. 1824, mit der für alle Schulprogramme Gleichmäßigkeit in der Form und im Inhalt vorgeschrieben wurde. Zudem habe das Programm aus zwei Teilen zu bestehen, aus einer wissenschaftlichen Abhandlung, die vom Direktor und in wechselnder Reihenfolge von sämtlichen Oberlehrern abzufassen sei, und den vom Direktor zusammenzustellenden Schulnachrichten. Über den Inhalt der Abhandlung wird gesagt, er solle "einen wissenschaftlichen, dem Beruf eines

Schulmannes nicht fremden, ein allgemeines Interesse, , mindestens der gebildeten Stände, am öffentlichen Unterricht im allgemeinen oder an den Gymnasien insonderheit weckenden Gegenstand" behandeln, dessen Wahl innerhalb dieser Grenzen dem Verfasser überlassen bleibt. Aus dieser Abgrenzung ergibt sich die notwendige Folge, daß wir in der Programmliteratur weder juristische noch medizinische Fragen behandelt finden, bevorzugt dagegen, in der frühen Zeit dem Charakter des damaligen humanistischen Gymnasiums entsprechend, Themen aus dem Gebiete der klassischen Philologie und Geschichte. Auch eine an einer Anstalt gehaltene Rede konnte als Abhandlung abgedruckt werden.

Bald nach Bekanntwerden der Verordnung wurden Stimmen aus Lehrerkreisen laut, die gegen den darin ausgesprochenen Zwang protestierten und sich für die Abschaffung der Abhandlung überhaupt einsetzten. Auch wurden Einwände gegen die Zensur erhoben, der die Abhandlung insofern unterlag, als jedes Thema im voraus von dem zuständigen Provinzialschul-Kollegium gebilligt werden mußte. Ein weiterer Gegenstand der Kritik war der störende Umstand, daß die Programme im Buchhandel nicht erhältlich und dadurch schwerer zugänglich waren für Wissenschaftler, die nicht an Schulen lehrten. Diesem Nachteil abzuhelpen suchte eine von A.R. Albani, Lehrer an der Dresdner Kreuzschule, herausgegebene "Programmenrevue", deren erstes Heft im Februar 1845 erschien. Der erste Jahrgang enthält die im Jahre 1843 herausgekommenen Programme, systematisch geordnet und mit kurzen Inhaltsangaben versehen. Der Versuch jedoch scheiterte. Mit dem ersten Heft des zweiten Jahrganges (1847) mußte die "Programmenrevue" wegen Mangels an Beziehern ihr Erscheinen einstellen.

Während im Jahre 1822 erst innerhalb der preussischen Provinzen ein Austausch der Schulprogramme verfügt worden war, wurde nunmehr der Tausch auf das gesamte Staatsgebiet des damaligen Preussens ausgedehnt. Zugleich hatte eine Einsendung der Programme an alle Landesuniversitäten und öffentliche Bibliotheken zu erfolgen. Die meisten der deutschen Staaten,

sowie auch Österreich, traten diesem Austausch bei, ausgenommen Bayern, Baden, Hessen-Darmstadt und Hamburg. Für die Schulschriften, die Auskunft zu geben hatten über die Lehrverfassung, über Verfügungen der vorgesetzten Behörde, Ereignisse im Leben der Schule und über statistische Daten und anderes mehr, bestand bei den wissenschaftlichen Bibliotheken kein unmittelbares Interesse. Ihre Hereinnahme in die Bibliothek erfolgte nur angesichts ihrer engen Verbindung mit der Programmabhandlung.

Aus der Beteiligung der Universitätsbibliothek Berlin an diesem ersten Tauschverkehr ist der Grundstock ihrer Schulprogramm-sammlung erwachsen, die als gesonderter Bereich im Magazin Aufstellung gefunden hat.

Für den Tausch wurde ein eigenes Aktenstück in der Universitätsbibliothek angelegt, in dem die von der Geheimen Registratur des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten versandten Verzeichnisse der "Königlich-Preussischen Gymnasien und höheren Schul-Anstalten, welche jährlich Programme herausgeben und zu dem Programm-Austausch gehören", enthalten sind.

Die Akte läßt erkennen, daß mit Sorgfalt und Genauigkeit der Eingang der einzelnen Programme überwacht und kontrolliert wurde. Den Wunsch, den Tausch zu erweitern, äußert Koner, seinerzeit 1. Kustos an der Königlichen Bibliothek und Leiter der Universitätsbibliothek, in einem Schreiben an das preussische Ministerium, indem er darauf hinweist, daß "auf hiesiger Universitätsbibliothek der Wunsch, die in dem Königreich Bayern und dem Kaisertum Österreich erscheinenden Schulprogramme vollständig und regelmäßig zu erhalten, schon seit langer Zeit lebhaft empfunden wird, und der Mangel der pygäischen umso empfindlicher ist, als dergleichen Druckschriften durch den Buchhandel in der Regel nicht verbreitet werden".

Bedingt durch das Anwachsen der Zahl der Schulen und durch Hinzukommen neuer Schulgattungen, wuchs der anfänglich geringe Tausch schnell, so daß sich im Laufe der Zeit technische Verteilungsschwierigkeiten bei den staatlichen Stellen ergaben.

Nach mehrjährigen Verhandlungen, an denen sich Philologen und Buchhändler beteiligten, wurde 1876 den deutschen Staaten vom Berliner Ministerium eine Neuorganisation des gesamten Programmwesens vorgeschlagen. Dieser Vorschlag bestand im wesentlichen aus folgenden Punkten:

- 1) Die Notwendigkeit regelmäßiger Veröffentlichung bleibt nur für einen Teil oder Bestandteil der Programme, die Schulnachrichten, bestehen; für die Beigabe einer wissenschaftlichen Abhandlung besteht kein Zwang mehr.
- 2) Die Vermittlung des Programmtausches sowie den buchhändlerischen Vertrieb der Programme besorgt die Verlagsbuchhandlung B.G. Teubner in Leipzig.
- 3) Die Verlagsbuchhandlung B.G. Teubner veröffentlicht am Schluß eines jeden Jahres ein vollständiges systematisches Verzeichnis aller im Jahr erschienenen Programme, einschließlich der in Bayern und Österreich in deutscher Sprache herausgekommenen.
- 4) Alle Programme werden künftig in gleichem Format gedruckt. Bis zu Beginn des ersten Weltkrieges ist der Tausch in dieser Form und auf diesen Wegen abgewickelt worden. An den (in der UB noch vorhandenen) Teubnerschen Tauschlisten ist der Eingang der Sendungen kontrolliert worden.

Anfangs mußten die labilen, größtenteils quartformatigen Programmhefte in den Regalen gestapelt werden. Die Benutzung war dadurch sehr erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht. Erst Erman, dem ersten selbständigen Direktor der Bibliothek (1889-1901), gelang es, durch dringliche Vorstellungen beim Ministerium die Gewährung eines besonderen Zuschusses für Einbindearbeiten durchzusetzen. 1890 wurden 26400 Programme, vereinigt in 3000 Sammelbänden, gezählt. 1910 wuchs der Bestand auf 40842 an. Heute verfügt die Bibliothek über rund 52000 Programme, die sämtlich verzettelt sind. Die Titelkarten sind dem Dissertationskatalog der Universitätschriftenabteilung eingefügt, in deren Aufgabenbereich die Schulpro-

grammsammlung einbezogen ist. An der bei der Begründung der Sammlung angewandten Aufstellungsart (chronologisch mit Unterteilung nach geographischen Gesichtspunkten: Länder, Provinzen, innerhalb dieser nach Schularten, schließlich nach Orten) ist festgehalten worden. Bei den Programmen, die im Teubnerschen Tausch in die Bibliothek gelangt sind, wird die jedem Programmheft aufgedruckte sogenannte "Teubnernummer" als Signatur verwendet. Ein in Kartenform angelegtes Ortsregister erleichtert dem Magazinverwalter das Heraussuchen.

Die Ordnung, Aufbewahrung und katalogmäßige Erfassung der Programmliteratur hat seit eh und je in den Bibliotheken besondere Mühe und unverhältnismäßig großen Zeitaufwand erfordert. Es sei daher der Namen zweier Bibliothekare gedacht, die mit ihren Reformvorschlägen Abhilfe zu schaffen suchten. In einem kurzen Artikel, abgedruckt im Zentralblatt für Bibliothekswesen, Band 4, 1887, S. 20 - 21 schlägt der Dresdener Bibliothekar Schnorr von Carolsfeld vor, den Programmen "künftig durch Columnentitel und Beifügung von das Ganze der Sammlung umfassenden Titelblättern und Registern die Form einer alljährlich erscheinenden mehrbändigen Zeitschrift" zu geben. In einem Schreiben, das er im Februar 1906 an den sächsischen Gymnasiallehrerverein richtete, wiederholt er diesen Vorschlag, befürwortet aber darüber hinaus, um "eine bequemere Aufbewahrung, eine bessere Übersicht sowie Zeit- und Geldersparnis zu erreichen", die jährlich erscheinenden Schulnachrichten und wissenschaftliche Abhandlungen künftig streng voneinander getrennt erscheinen zu lassen.

Im gleichen Band 23 des Zentralblattes von 1906 äußert sich dazu Adalbert Hortzschansky, seinerzeit verantwortlich für das von der damaligen Königlichen Bibliothek herausgegebene "Jahresverzeichnis der an den Deutschen Schulanstalten erschienenen Abhandlungen". Er stimmt mit Carolsfeld in der Feststellung überein, daß die Verwirklichung dieses Vorschlages den Bibliotheken eine Menge Arbeit ersparen würde, hält ihn aber angesichts der großen organisatorischen und techni-

schen Schwierigkeiten, auf die seine Verwirklichung stoßen würde, für nicht durchführbar und empfiehlt schließlich die Aufhebung der Verpflichtung zur Herausgabe von Schulprogrammen und die Verwendung der damit eingesparten, recht beträchtlichen Mittel zu Gunsten der Schulbibliotheken.

Während des ersten Weltkrieges ist der Teubnersche Tausch völlig zum Erliegen gekommen. Mit dem Jahre 1916 endet auch das von R. Klussmann herausgegebene "Systematische Verzeichnis.....". In der nachfolgenden Zeit sank die Zahl der Publikationen von Jahr zu Jahr zusehends. Mit dem Berichtsjahr 1930 endet auch das für die deutschen Schulprogramme in Betracht kommende "Jahresverzeichnis der an den deutschen Schulanstalten erschienenen Abhandlungen", das mit dem Berichtsjahr 1889 begonnen hatte. Die Gründe, die noch den Staat des 19. Jahrhunderts veranlasst haben mögen, aus dem Schulprogramm ein gesetzliches Postulat zu machen, hatten im 20. Jahrhundert ihre Gültigkeit verloren.

Betrachtet man die heutige Situation, so ist festzustellen, daß das Schulprogramm als anerkannte und allgemein verbreitete Literaturform sein Ende gefunden hat. Diese Feststellung schließt jedoch nicht aus, daß auch heute noch von einzelnen westdeutschen Schulen in unregelmäßigen Abständen wissenschaftliche Arbeiten, Festschriften usw., veröffentlicht werden. Völlig anders haben sich die Verhältnisse in Österreich gestaltet. Dort ist 1945 an die alte Tradition angeknüpft worden, und man pflegt noch heute die Ausgabe von Abhandlungen und Schulnachrichten in der Form, wie sie in der Ministerialverordnung vom 9. 6. 1875 gefordert worden ist. Zu einem nennenswerten Tausch über die Landesgrenzen hinaus scheint es aber nicht zu kommen. Die Schulprogrammssammlung der Universitätsbibliothek Berlin ist vor Verlusten während des zweiten Weltkrieges zu aller Freude bewahrt geblieben. In den letzten Jahren konnten günstige Gelegenheiten genutzt werden, aus den Angeboten antiquarischer Bestände kleinere, noch vorhandene Lücken auszufüllen, so daß die Sammlung, was die älteren Programme anlangt, heute als voll-

ständig anzusehen ist. Daß sich in ihrem geistigen Gehalt ein Jahrhundert deutscher Bildungs- und Schulgeschichte widerspiegelt, macht ihren kulturhistorischen Wert aus. Naturgemäß ist es still um diese abgeschlossene und keiner wesentlichen Veränderung mehr unterworfenen Sammlung geworden. Es erreichen uns aber regelmäßig immer noch Ausleihwünsche aus den verschiedensten in- und ausländischen Fachkreisen.

Wenn diese kurzen Ausführungen dazu beitragen, die Kenntnisse über die Universitäts-Bibliothek Berlin und ihre Schätze - in diesem Falle über eine wenig bekannte Sonder-sammlung - zu erweitern und vertiefen helfen, dann ist der Zweck dieses Berichtes aus einer Bibliothek erfüllt.

Literatur:

Schleiermacher, Friedrich: Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn, Berlin 1808.

Neues Archiv für Philologie und Pädagogik. Hrsg. Gottfried Seebode, Jg. 1 (1826), S. 55-59.

Programmenrevue oder Schularchiv. Eine Zeitschrift für Schule und Wissenschaft, Bd. 1, Hrsg. von A.R. Albani, Dresden 1846.

Bechstein, Reinhold: Die Literatur der Schulprogramme, ihre Verwertung für die Wissenschaft und ihre Konzentration durch den Buchhandel . In: Intelligenzblatt zum "Serapeum", Jg. 25 (1864), Nr. 3, S. 17-22; Nr. 4, S. 25-31.

Wiese, Ludwig: Die Schulbibliotheken und ihre Programme. In: Das höhere Schulwesen in Preussen. Hrsg. Ludwig Wiese, Berlin 1869, Bd. 2, S. 700-709.

Varnhagen, Hermann: Abriß der Geschichte des Programms und der Dissertation. In: Schmitz, Bernhard: Encyclopädie des philologischen Studiums der neueren Sprachen, Anhang, Leipzig 1877, S. 2-9.

Encyclopädie des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens. Hrsg. Karl Adolf Schmid, 2. Aufl., Leipzig 1885, Bd. 6, S. 448-453.

Freytag, L.: Ein Wort über die wissenschaftlichen Abhandlungen in den Schulprogrammen. In: Centralorgan für die Interessen des Realschulwesens, Jg. 15 (1887), S. 713-718.

Schnorr von Carolsfeld, F.: Die Schulprogramme und die Bibliotheken. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen, Jg. 4 (1887), S. 20-21.

Die Schulprogramme. In: Die Grenzboten, Jg. 55 (1896), S. 113-122.

Pädagogisches Wochenblatt für den akademisch gebildeten Lehrerstand Deutschlands, Jg. 7 (1897), S. 1-3; Jg. 8 (1899), S. 217; Jg. 10 (1900), S. 266; Jg. 11 (1901), S. 42.

Encyclopädisches Handbuch der Pädagogik. Hrsg. Wilhelm Rein, Bd. 6 (1899), S. 472-484.

Müller, Heinrich: Fort mit den Schulprogrammen! Berlin 1902.

Morsch, Hans: Simus, ut sumus. Noch ein Wort zur "Programfrage". In: Monatsschrift für höhere Schulen, Jg. 3 (1904), S. 79.

Varges, Willy: Die wissenschaftlichen Abhandlungen der Jahresberichte. In: Neue Jahrbücher für Pädagogik, Jg. 8 (1905), S. 529-532.

Hortzschansky, Adalbert: Der Vorschlag zur Neuordnung der Schulschriften. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen, Jg. 23 (1906), S. 164-169.

Richter, P.E.: Schulprogramme und ihre Beigaben. In: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Jg. 73 (1906), S. 72-77.

Sohnorr von Carolsfeld, F.: In Sachen der Schulprogramme ... In: Zentralblatt für Bibliothekswesen, Jg. 23 (1906), S. 126-127.

Stemplinger, Eduard: Über Schulprogramme und Jahresberichte. In: Blätter für das Gymnasial-Schulwesen, Bd. 42 (1906), S. 530-544.

Ullrich, Richard: Programmwesen und Programmbibliothek der höheren Schulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Berlin 1908.

Die wissenschaftlichen Anlagen der Schulprogramme. In: Blätter für höheres Schulwesen, Jg. 27 (1910), S. 18-20.

Friese, Karl: Geschichte der Königlichen Universitätsbibliothek zu Berlin, Berlin 1910.

Halbfass, W.: Unsere Schulprogramme und ihre wissenschaftlichen Beilagen. In: Blätter für höheres Schulwesen, Jg. 27 (1910), S. 96-98.

Achelis, Otto: Zur Bibliographie der Schulprogramme. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen, Jg. 40 (1923), S. 503-512.

Handbuch der Bibliothekswissenschaft. 2., verm. u. verb. Aufl. Hrsg. Georg Leyh. Wiesbaden 1952, Bd. 1, S. 1032.

Göber, Willi: Die Universitätsbibliothek. Grundzüge ihrer Entwicklung. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Beiheft zum Jubiläumsjahrgang IX, 1959/60.

Einige wichtige Bibliographien:

Klussmann, Rudolf: Systematisches Verzeichnis der Abhandlungen, welche in den Schulschriften sämtlicher an dem Programmaustausch teilnehmenden Lehranstalten erschienen sind. Bd. 1-5, Leipzig, Berlin 1889-1916.

Jahresverzeichnis der an den deutschen Schulanstalten erschienenen Abhandlungen, Bd. 1-28, Berlin 1890-1931.

Krause, Wilhelm: Gesamtverzeichnis der Programme und Festschriften der Schulen Österreichs 1945-1955. Wien 1956.

Zu Problemen der Leitungstätigkeit im Bereich der Information und Dokumentation an Universitäten (Diskussionsbeitrag)

Die als Ziel der 3. sozialistischen Hochschulreform angestrebte Integration der Universitäten und Hochschulen der DDR in den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß setzte die Einführung moderner Methoden der Wissenschaftsorganisation voraus. So wurde die 3. Hochschulreform eine Triebkraft zur Überwindung überholter Zustände in allen Bereichen des Hochschulwesens.

Eine wissenschaftsorganisatorische Maßnahme von großer Tragweite und Bedeutung besteht im organisierten Aufbau von Informations- und Dokumentationseinrichtungen und der damit verbundenen Einbeziehung der Universitäten und Hochschulen in das Informationssystem Wissenschaft und Technik. Die Anweisung 22/69 des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen über die Stellung, Aufgaben und Arbeitsweise des Bibliothekswesens und der wissenschaftlichen Information an Hochschulen ¹⁾ bildet die Grundlage dafür, den Rückstand des Hochschulwesens gegenüber der Volkswirtschaft auf diesem Sektor aufzuholen. Dazu ist es notwendig, an allen Universitäten den Gedanken durchzusetzen, daß die Information und Dokumentation unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution eine unumgängliche Voraussetzung darstellt für die Erhöhung der Effektivität in Prognostik, Planung und Leitung ebenso wie in Forschung, Lehre und Studium.

Mit der Realisierung der Anweisung 22/69 beginnt eine neue Etappe im Bibliothekswesen der Universitäten, denn nur in koordinierter Zusammenarbeit von Bibliothekaren und Informationsfachleuten können in Zukunft die Probleme der wissenschaftlichen Informationstätigkeit gelöst werden. Die Verwirklichung der Anweisung 22/69 verlangt allerdings ein völliges Abgehen von traditionellen Wegen, eine Überwindung

des Ressortdenkens, eine innere Bereitschaft zur Anwendung neuer Systemlösungen.

Die folgenden Darlegungen beschäftigen sich mit Problemen, die sich aus der gemeinsamen Leitung von Bibliotheks- und Informationseinrichtungen in Universitäten ergeben.

Gemäß Anweisung 22/69 werden die Bibliotheken sowie die Informations- und Dokumentationseinrichtungen der Universität unter der Leitung des Direktors der Universitätsbibliothek zusammengefaßt (§ 1 Abs. 1; § 4 Abs. 1). Für die Betreuung des neu hinzugekommenen Gebietes Information/Dokumentation wird ihm ausdrücklich ein Stellvertreter zugebilligt, der die Qualifikation eines Fachinformators aufweisen muß. Im § 5 Abs. 1 wird die Verantwortung des Bibliotheksdirektors für die Informations- und Dokumentationseinrichtungen eingegrenzt auf "Anleitung, Kontrolle, Koordinierung, Organisation, Methodik, Anwendung der modernen Technik, Qualifizierung und die Koordinierung der internationalen Zusammenarbeit". Die Verantwortung für die Informationstätigkeit in den Sektionen obliegt voll dem jeweiligen Sektionsdirektor, dem auch die Mitarbeiter der Informationseinrichtungen unmittelbar unterstellt sind (§ 5 Abs. 2). Dem Direktor der Universitätsbibliothek sind unmittelbar nur die Mitarbeiter der zentralen Informationseinrichtungen der Universität unterstellt (§ 4 Abs. 2).

Durch diese zweifache Unterstellung unterscheidet sich die Struktur der Information und Dokumentation an Universitäten beträchtlich von der der Bibliotheken. Die Gesamtheit aller bibliothekarischen Einrichtungen der Universität bildet die Universitätsbibliothek, für die der Direktor die volle Verantwortung trägt, hingegen seine Leitungstätigkeit und Verantwortlichkeit im Bereich der Information/Dokumentation durch die Rechte und Pflichten der Sektionsdirektoren eingeschränkt wird. Man könnte seinen Verantwortungsbereich wohl als Verantwortung für die Gesamtheit der Informations- und

Dokumentationseinrichtungen (das Netz der Information und Dokumentation) der Universität umreißen.

Die Ursache für die Schaffung einer so komplizierten Leitungsstruktur ist m.E. im Doppelcharakter der Information/Dokumentation zu finden. Da sie eine Methodik zur Steigerung der Effektivität der wissenschaftlichen Arbeit darstellt, gehört sie ihrem Wesen nach zur sozialistischen Wissenschaftsorganisation. Als Ergebnis der funktionalen Arbeitsteilung in der Wissenschaft ist die Information und Dokumentation jedoch zugleich selbst eine Form der wissenschaftlichen Arbeit, in der die Methoden der Wissenschaftsorganisation anzuwenden sind. Als Form der wissenschaftlichen Arbeit weist sie stets gewisse fachspezifische Merkmale und Eigenarten auf. Die Informations- und Dokumentationstätigkeit enthält daher zwei Aspekte, den wissenschaftsorganisatorischen und den fachspezifischen.

Betrachtet man die anfänglich so verwirrend anmutenden Unterstellungsverhältnisse im Bereich der Information/Dokumentation unter dem oben dargelegten Gesichtspunkt, so könnte man sagen, daß der Bibliotheksdirektor für die wissenschaftsorganisatorische, der Sektionsdirektor für die fachspezifische Seite der Tätigkeit zuständig ist. Alle Erklärungs- und Interpretationsversuche sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese "Doppelherrschaft" im Bereich der Information/Dokumentation nur funktionieren kann, wenn die Sektionsdirektoren bereit sind, dem Bibliotheksdirektor ein Mitspracherecht in Informationsangelegenheiten einzuräumen, denn anderenfalls wäre der Bibliotheksdirektor gezwungen, seine Koordinierungsmaßnahmen unter Inanspruchnahme des Rektors in Form von Weisungen an die Sektionsdirektoren durchzusetzen.

Ein anderer Einwand gegen die in der Anweisung 22/69 festgelegte Leitung der Informationseinrichtungen kam aus Kreisen von Informations-/Dokumentationsfachleuten, die die "Unterordnung" unter den Direktor der Universitätsbibliothek als

Diskreditierung ansahen, da im Bereich der Volkswirtschaft üblicherweise die Bibliotheken einen Bestandteil der Informationseinrichtungen bilden. Dieser Einwand ist leicht zu entkräften; bei seiner Widerlegung lassen sich jedoch gut einige Besonderheiten der Situation im Hochschulwesen hervorheben, die man sich bewußt machen sollte, wenn das Verhältnis zwischen dem Bibliothekswesen und der Information/Dokumentation zur Debatte steht.

Erstens sind die Fachbibliotheken von Industriebetrieben kaum mit den Bibliothekseinrichtungen des Hochschulwesens zu vergleichen. Im allgemeinen handelt es sich bei Betriebsbibliotheken um kleine Fachbibliotheken mit einem Bestand von höchstens einigen tausend Bänden, die von wenigen Bibliothekaren und (oder) Bibliotheksfacharbeitern verwaltet werden. Auf der anderen Seite stellen die Hochschul- und vornehmlich die Universitätsbibliotheken umfangreiche Sammlungen mit Hunderttausenden von Informationsquellen aus allen Wissensgebieten dar mit zum Teil jahrhundertealten Traditionen und von internationalem Rang und Ansehen. Universitätsbibliotheken sind Institutionen von wissenschaftlichem Charakter, deren Leitung in den Händen hochqualifizierter Wissenschaftler mit bibliothekswissenschaftlicher Ausbildung liegt. Die Direktoren von Hochschul- und Universitätsbibliotheken sind also keinesfalls mit dem Leiter einer Betriebsbibliothek gleichzusetzen, ihre wissenschaftliche Qualifikation und berufliche Erfahrung befähigt und berechtigt sie in hohem Grad dazu, die Leitung der Informations- und Dokumentationseinrichtungen der Universität zu übernehmen, zumal ihnen in der Person des Stellvertretenden Direktors für den Bereich Information und Dokumentation noch ein spezieller Informationsfachmann als Ratgeber zur Seite gestellt wird. x)

x) Für die Zukunft wäre natürlich auch die Möglichkeit gegeben, daß ein hochqualifizierter Informationswissenschaftler zum Direktor einer Universitätsbibliothek ernannt wird.

Zweitens sollte bedacht werden, daß zu dem Zeitpunkt, an dem die Anweisung 22/69 erlassen wurde, zwar in allen Einrichtungen des Hochschulwesens Bibliotheken bestanden, aber nur in Ausnahmefällen Informationseinrichtungen vorhanden waren. Die rasche Entwicklung, die in den Universitäten durch die 3. Hochschulreform initiiert worden war, erforderte die Schaffung derartiger Einrichtungen aber immer dringlicher. In dieser Situation waren die Bibliotheksdirektoren geradezu prädestiniert, die Gründung solcher ihren eigenen Arbeitsgebieten eng verwandter und sie ergänzenden Institutionen voranzutreiben.

Da die Anweisung 22/69 eine Rahmenordnung darstellt, deren Realisierung an den Hochschulen und Universitäten unter recht unterschiedlichen Verhältnissen und aufgrund verschiedenartiger Voraussetzungen vorgenommen werden muß, ist offengelassen worden, welche Struktur die Informations- und Dokumentationsnetze haben sollen. Festgelegt ist lediglich, daß die Informationseinrichtungen der Universität "zugleich Bestandteil der staatlichen Systeme der Information und Dokumentation" zu sein haben (§ 1 Abs. 3).

Der Aufbau von Informations-/Dokumentationseinrichtungen an Universitäten kann nach drei Varianten erfolgen, Mischformen aus Kombinationen der drei Grundtypen sollen hier unbeachtet bleiben: in dezentralisierter Form, durch Zentralisierung oder in Form einer teilweisen Zentralisierung.

Aus jeder der drei Varianten ergeben sich andersgeartete Leitungsprobleme, ändert sich die Aufgabenstellung des Stellvertretenden Direktors der Universitätsbibliothek für den Bereich Information und Dokumentation (im folgenden nur als Stellvertretender Direktor bezeichnet).

Die Funktion des Stellvertretenden Direktors stellt eine Kombination von Stab- und Linienfunktion dar. Er ist Linienfunktionär für die Bereiche, die leitungsmäßig unmittelbar der Universitätsbibliothek unterstellt sind: die Abteilung wissenschaftliche Information in der Universitätsbibliothek, die ge-

mäß § 4 Abs. 1 zur Erfüllung der Aufgaben des Stellvertretenden Direktors zu bilden ist, und gegebenenfalls andere zentrale Informationseinrichtungen im Bereich der Universität. Die Stabs-Funktion betrifft jene Bereiche, für deren Leitung der Bibliotheksdirektor nur mittelbar zuständig ist, die Informationsstellen in den Sektionen.

Die Anweisung 22/69 sieht vor, daß die Zusammenarbeit zwischen Universitätsbibliothek, Sektionen, Informationseinrichtungen und der sozialistischen Praxis über den Bibliotheks- und Informationsrat erfolgt. Der Rat soll als beratendes Gremium des Direktors der Universitätsbibliothek fungieren und sich aus den Bibliotheksbeauftragten der Sektionen, den Leitern der Informationseinrichtungen sowie Vertretern der Studenten zusammensetzen (§ 6 Abs. 1, 2).

Bei der konsequenten Durchführung eines dezentral aufgebauten Netzes von Informations- und Dokumentationsstellen dominiert die Stabsfunktion des Stellvertretenden Direktors, dessen Haupttätigkeit in diesem Fall fast ausschließlich in der Anleitung und Koordinierung bestehen muß. Gleichzeitig wird der Bibliotheks- und Informationsrat zu einem Instrument, über das die Bibliotheksleitung ihren Einfluß auf die Informationsstellen in den Sektionen auszudehnen suchen wird, denn Dezentralisation bedeutet auch Schwächung der Position der Bibliotheksleitung hinsichtlich ihrer Einflußmöglichkeit auf die Gestaltung der weiteren Entwicklung des Informationssystems.

Variante zwei, die Zentralisierung der Informations- und Dokumentationsstätigkeit, führt weitgehend zu entgegengesetzten Effekten.

Der Stellvertretende Direktor wird zum reinen Linienfunktionär. Bei der Anwendung dieser Variante trägt die Bibliotheksleitung die volle Verantwortung für die gesamte Informations- und Dokumentationsstätigkeit. Der Bibliotheks- und Informationsrat stellt tatsächlich ein beratendes Gremium des Bibliotheksdirektors dar, über das die Sektionen ihre

Einflußnahme auf die Informationsarbeit geltend machen können. Während die konsequente Durchführung der Dezentralisierung auf jeden Fall ineffektiv und unökonomisch sein dürfte, da sie zu einer Zersplitterung der Kräfte führt, den Einsatz der EDVA fast unmöglich macht und nicht den interdisziplinären Tendenzen der Wissenschaftsentwicklung Rechnung trägt u.a.m., kann die Zentralisierung unter Umständen, z.B. für Hochschulen, die sich auf einen Wissenschaftsbereich konzentrieren - wie Deutsche Hochschule für Körperkultur und Sport, Verkehrshochschule, Medizinische Akademien u.a. - die optimale Lösung darstellen. Die vollständige Zentralisierung der Informationsarbeit scheint mir für Universitäten, in denen eine Vielzahl von Wissenschaftsbereichen vertreten ist und die räumlich weit ausgedehnt und zerstreut untergebracht sind, jedoch ebenfalls unzweckmäßig und unökonomisch. In diesen Fällen ist die Anwendung der Variante drei angebracht, die im Grunde genommen lediglich eine Sonderform der Variante zwei darstellt.

Variante drei, die teilweise Zentralisierung der Informationsarbeit in Form von mehreren Informationszentren, die jeweils für ein größeres Wissenschaftsgebiet und damit für mehrere Sektionen zuständig sind, stellt die optimale Form des Aufbaus von Informationseinrichtungen in großen Universitäten dar. Die intersektionellen Informationszentren sollten vordringlich für strukturbestimmende Wissenschaftsbereiche geschaffen werden, z.B. für Naturwissenschaften, Landwirtschaftswissenschaften u.ä.

Die Form der teilweisen Zentralisierung wird den verschiedenartigen Anforderungen, die an das Netz der Informations- und Dokumentationseinrichtungen einer Universität gestellt werden, am besten gerecht. Es entspricht ebenso den Anforderungen, die sich aus der Anwendung des Grundmodells des Informationssystems Wissenschaft und Technik ²⁾ ergeben, welches aufgrund eines Ministerratsbeschlusses die verbindliche Grundlage für die Weiterentwicklung der Information und Doku-

mentation in der DDR bildet.

Als zentrale Informationseinrichtungen werden die intersektionellen Informationszentren unmittelbar der Leitung der Universitätsbibliothek unterstellt. Es muß allerdings eine Möglichkeit gefunden werden, um den Einfluß der Sektionsleitungen hinsichtlich fachspezifischer Probleme in der Informationsarbeit zu gewährleisten. Eine gute Lösung bestünde in der Bildung von Beiräten bei den Leitern der intersektionellen Informationszentren. Der Beirat würde aus den Informationsbeauftragten bzw. Bibliotheksbeauftragten der Sektionen gebildet, für deren Information das Zentrum zuständig ist. Diese Beiräte wären damit zugleich Arbeitsausschüsse des Bibliotheks- und Informationsrates beim Direktor der Universitätsbibliothek.

Ein solches System von intersektionellen Informationszentren hat folgende Vorteile:

1. Es ermöglicht die Beseitigung der "Doppelherrschaft" im Bereich der Information und Dokumentation der Universität und schafft klare Unterstellungsverhältnisse.
2. Bibliothekswesen und Information/Dokumentation unterstehen einer einheitlichen Leitung, woraus sich eine günstige Ausgangsposition für eine weitergehende Fusionierung beider Bereiche ergibt.
3. Die Konzentration der Informations- und Dokumentations-tätigkeit auf wenige Zentren ermöglicht einen effektiven Einsatz von Arbeitskräften und Arbeitsmitteln sowie die Anwendung der EDVA.

Literatur:

1. Anweisung 22/69 des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen über die Stellung, Aufgaben und Arbeitsweise des Bibliothekswesens und der wissenschaftlichen Information an den Hochschulen vom 15. August 1969. In: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (1969), 8/9, S. 2-4.
2. Grundmodell des Informationssystems Wissenschaft und Technik. Berlin; Zentralinstitut für Information und Dokumentation 1970, S. 32, 1 Abb.

Die Aufgaben des wissenschaftlichen Sekretärs innerhalb der
Leitung einer Universitätsbibliothek

Der Beschluß des Staatsrates der DDR "Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975" ¹⁾ formuliert als grundlegende Aufgabe des Hochschulwesens die Erreichung wissenschaftlich-technischer Höchstleistungen in Lehre und Forschung, verbunden mit der klassenmäßigen sozialistischen Erziehung der Studenten. Um dieser Aufgabenstellung in vollem Umfange gerecht werden zu können, bedarf es auch einer gründlichen Veränderung der Planungs- und Leitungstätigkeit aller Bereiche der Universitäten und Hochschulen. "Die Planung und Leitung des Hochschulwesens muß durch die Anwendung der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaften und der automatischen Informationsverarbeitung zu einem funktionsfähigen Bestandteil der modernen Wissenschaftsorganisation in der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt werden." ²⁾

Diese Forderung gilt auch vollinhaltlich für die Leitung des Bibliothekssystems an Universitäten und Hochschulen, da die Universitätsbibliothek durch Bereitstellung von Informationsquellen aller Art einen wesentlichen Anteil an der Erziehung und Ausbildung der Studenten sowie an der Arbeit der Wissenschaftler hat. Um den Direktor des Bibliothekssystems bei seiner Entscheidungsfindung und bei der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen, ist ihm im Zuge der 3. Hochschulreform ein wissenschaftlicher Sekretär zugeordnet worden. ³⁾

Den mit der traditionellen Organisation einer wissenschaftlichen Bibliothek Vertrauten mag es befremden, daß der ohnehin großen Zahl von Wissenschaftlern (Fachreferenten!) in einer Universitätsbibliothek noch ein zusätzlicher Wissenschaftler beigegeben wird. Der erreichte Rationalisierungs-

effekt wiegt aber weitaus schwerer. Was in der Vergangenheit im Auftrag des Direktors von wissenschaftlichen Bibliothekaren neben ihrer eigentlichen Funktion - und damit, wie Kortzfleisch sehr richtig bemerkt ⁴⁾, entweder unzureichend oder unter Vernachlässigung ihrer eigentlichen Aufgaben - erledigt wurde, wird jetzt in der Hand des wissenschaftlichen Sekretärs vereinigt.

Obwohl der wissenschaftliche Sekretär lediglich als Stabsorgan fungieren sollte, ist in der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität aus Zweckmäßigkeitsgründen eine Linienfunktion mit Weisungsbefugnis hinzugekommen. Als Stabsfunktionär des Direktors ist der wissenschaftliche Sekretär zuständig für die organisatorische, koordinierende und inhaltliche Vorbereitung von Leitungsentscheidungen. Da es dazu häufig auch der Hilfe des Verwaltungsapparates bedarf, wurde der wissenschaftliche Sekretär für die Anleitung der Abteilung Verwaltung und technischer Bereich sowie des Büros des Direktors eingesetzt.

Die wesentlichsten Aufgaben des wissenschaftlichen Sekretärs liegen auf dem Gebiet der Planung und Statistik. Prognosearbeit, Perspektivplanung und operative Tätigkeit des Direktors bedürfen einer gründlichen Vorbereitung. Für die Aufstellung der Pläne und der Prognose bereitet der wissenschaftliche Sekretär dem Direktor die notwendigen Informationen auf. Analysen aus den statistischen Unterlagen der Universitätsbibliothek und den zentralen Informationseinrichtungen, Literaturrecherchen u.a. sind darunter zu verstehen. In der Universitätsbibliothek Berlin kam gerade bei der Aufstellung des Perspektivplanes 1971-75 diese Seite der Arbeit des wissenschaftlichen Sekretärs zum Tragen.

Die Vorbereitung von Leitungsentscheidungen über zeitlich begrenzte Aufgaben bildet einen weiteren Schwerpunkt in der Tätigkeit des wissenschaftlichen Sekretärs. In der Universitätsbibliothek Berlin wird gegenwärtig das Projekt eines Bibliotheksneubaus vorbereitet.

Die hauptsächlichsten Koordinierungsarbeiten, aber auch die inhaltlich-konzeptionellen, liegen in der Hand des wissenschaftlichen Sekretärs. Er ist ständiges Mitglied einer Architektendarbeitsgruppe, in der er die spezifischen Belange der Bibliothek im Auftrage des Direktors und in ständiger Absprache mit diesem vertritt. Zu den wichtigen zeitlich begrenzten Aufgaben gehört weiterhin die Aufdeckung von schwachen und veränderungswürdigen Punkten im Arbeitsablauf der Bibliothek. Da die etatmäßig innerhalb einer Abteilung tätigen Mitarbeiter einerseits durch ihre Planaufgaben eingespannt sind und andererseits auch nicht immer den Gesamtüberblick über den Organismus der Bibliothek besitzen, bietet sich der wissenschaftliche Sekretär als Stabsorgan dafür an. Daß in besonderen Notfällen auch bei der Verwirklichung der ausgearbeiteten Konzeptionen mit Hand angelegt wird, versteht sich von selbst.

Einen großen Teil des Zeitfonds des wissenschaftlichen Sekretärs beanspruchen organisatorische Maßnahmen. Die Vorbereitung von wöchentlichen Leitungs- und Dienstbesprechungen verlangt bei der Abstimmung der Tagesordnungen, bei der Ausarbeitung schriftlicher Diskussionsgrundlagen u.a. viel Sorgfalt, damit nicht leitende Kader, die ohnehin häufig auf Sitzungen sind, unnötig zusammengerufen werden und die Besprechungen mit dem Direktor ohne Ergebnis verlassen.

Die Rechenschaftslegungen über die in der Universitätsbibliothek geleistete Arbeit liegen ebenfalls im Tätigkeitsbereich des wissenschaftlichen Sekretärs. An erster Stelle wäre die Vorbereitung der monatlichen Berichte des Direktors der Einrichtung an das Büro des Rektors der Humboldt-Universität zu nennen. Hierzu müssen ständig gute Kontakte zur Parteigruppe der SED und zu den gesellschaftlichen Organisationen, vor allem der Gewerkschaft, gehalten werden, um jederzeit Informationen über politische und fachliche Belange der Bibliothek für die Berichterstattung auswerten zu können. In enger Verbindung mit dem Sammeln von Informationen und dem Anfertigen von Berichten ist auch die Bibliotheksstatistik zu

sehen. Der wissenschaftliche Sekretär veranlaßt und überwacht die monatlichen Erhebungen der Dienststellen und Abteilungen der Bibliothek und trägt die Ergebnisse und eventuelle Schlußfolgerungen dem engeren Leitungsgremium (das sind der Direktor der Universitätsbibliothek und seine Stellvertreter) vor. Darüber hinaus werden die Monatsstatistiken vom wissenschaftlichen Sekretär zu einem Jahresbogen kumuliert, der als jährliche Berichterstattung dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen übergeben wird.

Zur Öffentlichkeitsarbeit der Universitätsbibliothek sollte der wissenschaftliche Sekretär ebenfalls beitragen. Publizistische Propagierung gesammelter Erfahrungen, durchgeführter Verbesserungen im Dienste der Leser und anderer Vorgänge aus der Universitätsbibliothek muß, wenn eine Atmosphäre der ständigen Leserwerbung herrschen soll, in der sozialistischen Presse vorgenommen werden. Für die Werbung innerhalb der Universität bieten sich interne Publikationsorgane an wie z.B. an der Humboldt-Universität das Organ der SED-Kreisleitung, die "Humboldt-Universität".

Diese grobe Übersicht über die Funktionen des wissenschaftlichen Sekretärs als Stabsorgan des Direktors der Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität mag genügen. Es erübrigt sich, näher auf die Leitungstätigkeit als Linienfunktionär für die Abteilung Verwaltung und Technischer Bereich einzugehen, da sich diese Tätigkeit nicht von der Leitung anderer Abteilungen unterscheidet.

Zum Abschluß seien noch einige Bemerkungen zu den Befugnissen des wissenschaftlichen Sekretärs gestattet. Als Stabsfunktionär des Direktors ist der wissenschaftliche Sekretär berechtigt, sich die zur Erfüllung seiner Aufträge nötigen Informationen aus anderen Zuständigkeitsbereichen der Universitätsbibliothek und der Universität zu holen sowie unmittelbaren Kontakt mit verantwortlichen Leitern anderer Organe aufzunehmen. Durch diese Festlegung wird ge-

währleistet, daß auch ohne den Umweg über den zuständigen staatlichen Leiter Informationen auf schnellstem Weg an die Stabsabteilung des Direktors gelangen können.

Die Universitäts-Bibliothek Berlin glaubt, mit der Funktion des wissenschaftlichen Sekretärs die Arbeit der Leitung effektiver gestalten zu können. Inwieweit das über einen längeren Zeitraum möglich sein wird, muß sich erst noch erweisen. Die ersten Erfahrungen lassen hoffen.

Literatur:

1. Abgedr. in: Gesetzblatt der DDR, I/1969, Nr. 3.
2. Beschluß des Staatsrates Präambel.
3. Anweisung 22/69 des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen über die Stellung, Aufgaben und Arbeitsweise des Bibliothekswesens und der wissenschaftlichen Information an den Hochschulen vom 15. August 1969, § 4 (1). In: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (1969), 8/9, S. 2-4.
4. Rationalisierung in wissenschaftlichen Bibliotheken. Vorschläge und Materialien, hrsg. von d. Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn, Boppard: Boldt 1970, S. 39-42.

Die Zentrale Informationsabteilung der Universitäts-
Bibliothek Berlin

In der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und der damit verbundenen wissenschaftlich-technischen Revolution kommt der Forderung nach Leistung aktiver Informationstätigkeit eine ständig wachsende Bedeutung zu. Sowohl das Bibliothekswesen als auch das Informations- und Dokumentationswesen an den Hochschulen nehmen eine verantwortungsvolle Stellung bei der Erschließung und Vermittlung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Bedürfnisse der Forschung, Lehre und Praxis ein, um den Aufbau des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR verwirklichen zu helfen. Dabei haben sie sich fortschrittlicher Methoden der Wissenschaftsorganisation zu bedienen.

Mit dem bisherigen Aufwand konnten die Bibliotheken dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Dazu bedurfte es der Erweiterung nicht nur der Funktion, sondern auch der Mittel und Methoden der Informationsstätigkeit. Dieser Forderung wurde in der Anweisung 22/69 des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen "Über die Stellung, Aufgaben und Arbeitsweise des Bibliothekswesens und der wissenschaftlichen Information an den Hochschulen vom 15. August 1969" ¹⁾ Rechnung getragen, die als konsequente Schlußfolgerung die Schaffung einer neuen Struktureinheit zur Bewältigung der oben genannten Aufgaben vorsieht, nämlich die Gründung einer Abteilung für wissenschaftliche Information. Der Name besagt schon, daß sie sich der Methoden wissenschaftlicher Information zu bedienen hat, die über die bibliothekarische Information hinausgeht.

Bereits vor der Herausgabe der Anweisung 22/69 hat die Universitäts-Bibliothek Berlin wie auch alle anderen Hochschul-

bibliotheken der Informationstätigkeit Beachtung geschenkt; allerdings handelte es sich dabei um eine solche Tätigkeit ausschließlich bibliothekarischen Charakters. Dazu gehörte

- die Erteilung mündlicher und schriftlicher Auskünfte über Literatur zu einzelnen Themen oder über den Standortnachweis gesuchter Literatur. Diese Aufgabe oblag der Dienststelle Auskunft, die von einem Fachreferenten mit umfassender Allgemeinbildung wahrgenommen wurde. Nur bei der Erledigung von Anfragen spezieller Art wurden auch andere Fachreferenten in die Auskunftstätigkeit einbezogen. Es gehörte zu den Grundsätzen der Tätigkeit dieser Dienststelle, jede der Anfragen selbst, ohne Hinzuziehung anderer Einrichtungen innerhalb oder außerhalb der Universität zu beantworten, so gut es mit Nutzung der Kataloge, der Informationsmittel der Universitäts-Bibliothek und den eigenen Erfahrungen und Kenntnissen möglich war.

- die Erarbeitung und Herausgabe von Neuerwerbungsverzeichnissen und Bibliographien.

Von besonderem Interesse für die Einschätzung des Wertes von Neuerwerbungsverzeichnissen mit allgemeinem Profil sind die Erfahrungen, die von der UB Berlin in der Vergangenheit mit ihrer "Auswahlliste aus den Neuerwerbungen der Universitäts-Bibliothek Berlin" (1953-1965), die der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Humboldt-Universität beigelegt wurde, sammelte. Bereits seit geraumer Zeit hatten sich bei den Bibliothekaren der Hochschulen der DDR Zweifel über den Nutzen derartiger Listen eingestellt, und eine größere Anzahl der Hochschulbibliotheken hatte auf die Herausgabe dieser Informationsmittel verzichtet. Auch die UB Berlin stellte dieses Verzeichnis zugunsten von Initiativinformationen ein, ohne daß daraufhin in nennenswertem Umfang seitens der ehemaligen Nutzer gegen diese Maßnahme protestiert wurde.

Auf Anraten der Redakteure der Wissenschaftlichen Zeitschriften wurde auch das Verzeichnis "Zusammenstellung

wissenschaftlicher Literatur aus der Sowjetunion für die Fachgebiete Mathematik und Forstwirtschaft" (1951/52-1963) eingestellt, da die Dokumentation dieser beiden Fachgebiete von verantwortungsvoller Stelle in größerem Rahmen vorgenommen werden sollte. Auch dieser Abbruch rief keinen Protest unter den Beziehern hervor, obwohl es sich in diesem Fall um eine Fachbibliographie handelte. Es läßt sich heute, da damals keine Analysen des Informationsbedarfs bei Mathematikern und Forstwirtschaftlern durchgeführt wurden, nicht sagen, ob die Proteste ausblieben, weil bereits bessere Informationsmittel zu diesen Gebieten vorlagen, oder ob die Kenntnis dieser Informationsmittel unter den betreffenden Fachwissenschaftlern zu wenig verbreitet war.

Zu den traditionellen und grundlegenden Bibliographien, die von der UB Berlin nach wie vor herausgegeben werden, gehört das "Gesamtinhaltsverzeichnis der Wissenschaftlichen Zeitschriften der Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik" (1952/53 ff.). Dieses Verzeichnis ist noch heute nützlich, da es im Rahmen der Hochschulen die neueste wissenschaftliche, schwer zugängliche Literatur, die nur in beschränktem Umfang über den Buchhandel vertrieben wird, erfaßt. Die Veröffentlichung dieser Bibliographie wird so lange beibehalten werden, bis eine über alle Wissensgebiete berichtende analytische Bibliographie im DDR-Maßstab erscheint.

Zusammenfassend kann gesagt werden:

1. Die Auskunftstätigkeit der Vergangenheit an der UB Berlin war rege und nützlich. Davon legen zahlreiche mündliche und schriftliche Dankesbezeugungen der Benutzer Zeugnis ab.
2. Die Auskunftstätigkeit erfolgte jedoch durchweg ohne Befragung anderer Informationseinrichtungen der DDR; es war das Bestreben der Dienststelle, alle Anfragen mit den eigenen Informationsmitteln selbst zu beantworten. Hinter dieser Praxis verbirgt sich die Unterschätzung des differenzierten

Charakters der Wissenschaft der gegenwärtigen Zeit.

3. Die Publikationstätigkeit, besonders die Bibliographien, waren an den hauptsächlichlichen ehemaligen Profillinien der Forschung und Lehre der Humboldt-Universität orientiert (Mathematik; Forstwirtschaft).

4. Die Publikationen wurden ohne konkrete Kenntnis des Informationsbedarfs der Wissenschaftler innerhalb und außerhalb der Universität herausgegeben.

5. Die Propagierung der eigenen Informationsleistungen der Bibliothek unter den Wissenschaftlern war ungenügend.

6. Für die Gesamtheit der Informationstätigkeit gab es keine zentrale Dienststelle, sondern an ihr waren Mitarbeiter mehrerer Abteilungen beteiligt.

Auf Grund des Staatsratsbeschlusses "Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975" ²⁾ sowie der vom Rektor der Humboldt-Universität bestätigten "Ordnung für die Information und Dokumentation an der Humboldt-Universität zu Berlin - Informationsordnung -" ³⁾ wurde nach mehrmonatiger Vorbereitungszeit am 1. September 1970 die Zentrale Informationsabteilung der Universitäts-Bibliothek Berlin gegründet. Entsprechend den in der "Informationsordnung" formulierten Aufgaben und Funktionen ⁴⁾ wurde die Struktur der Zentralen Informationsabteilung herausgearbeitet. Sie besteht aus folgenden drei Struktureinheiten:

- Koordinierung der Informations- und Dokumentationstätigkeit
- Publikationen und bibliographische Informationen
- Information für die Universitätsleitung.

Für die weitere Zukunft wäre eine Revidierung der Struktur

der Abteilung dahingehend anzustreben, daß die Dienststelle Auskunft in die Zentrale Informationsabteilung integriert wird.

Die Dienststelle Koordinierung hat die Aufgabe, den Iststand der Informationstätigkeit im Hochschulbereich zu ermitteln, die Anzahl der Kader und deren Ausbildungsstand festzustellen und jährlich dem Rektor darüber Bericht zu erstatten. Schwerpunkt der Arbeit ist, die Informationstätigkeit im Hochschulbereich systematisch auszubauen, sie methodisch anzuleiten, zu koordinieren und zu kontrollieren und für eine fachgerechte Qualifizierung der Kader Sorge zu tragen. Die Dienststelle baut zur Zeit einen Nachweis über alle innerhalb des Hochschulbereiches erarbeiteten Informationsmittel auf. Dazu gehören laufende Bibliographien allgemeiner und fachlicher Art, Referatekarteien, grundlegende bibliographische Nachschlagewerke u.ä. Eine weitere Aufgabe ist die Zusammenarbeit mit der Führungsgruppe EDV in der Humboldt-Universität, um Vorbereitungen für eine spätere maschinelle Informationsverarbeitung treffen zu können.

Der Aufbau des Informationssystems an der Hochschule kann entsprechend den objektiven Bedingungen (Mangel an geeigneten Kadern u.a.) nur schrittweise erfolgen. Im Schwerpunktplan für die wissenschaftlichen Bibliotheken und Einrichtungen der wissenschaftlichen Information des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen für den Prognosezeitraum ist vorgesehen, in den Jahren bis 1975 den Aufbau des Informationssystems Wissenschaft und Technik einschließlich der gesellschaftswissenschaftlichen Information im wesentlichen abzuschließen. Zu den Aufgaben der Koordinierungsstelle gehört in diesem Zusammenhang, im Laufe der nächsten Jahre den Informationsbedarf an den Schwerpunktsektionen zu ermitteln und Informationsthemenpläne zu erarbeiten. Eine der Hauptaufgaben dieser Dienststelle wird darin bestehen, die wissenschaftlichen Mitarbeiter innerhalb der Sektionen in die Informationstätigkeit einzubeziehen, d.h. sie dahin-

gehend zu qualifizieren, die in ihren Sektionen erarbeiteten Forschungsergebnisse, Belegarbeiten, Dissertationen, Hausarbeiten und ähnliche Informationsquellen mit hohem Gehalt aufzubereiten. Die Leistungsfähigkeit des gesamten Informationssystems der Hochschule und speziell der Informationseinrichtungen in den Sektionen wird entscheidend dadurch bestimmt werden, in welchem Maße und wie schnell es gelingt, diese Informationsstellen über die entsprechenden Leit- bzw. zentralen Leitstellen in das Informationssystem der DDR zu integrieren.

In der Dienststelle Publikationen und bibliographische Informationen werden die Planung der Publikationstätigkeit, die redaktionelle Vorbereitung und Herausgabe laufender und selbständig erscheinender Publikationen und bibliographischer Informationsmittel besorgt. Besonderes Anliegen ist es, die Schriftenreihe der Universitäts-Bibliothek Berlin zu fördern, sei es durch eigene Veröffentlichungen der Abteilung oder durch Gewinnung von Autoren aus dem Mitarbeiterkreis der Bibliothek oder der Universität. Für das Jahr 1971 ist die Fortsetzung der jährlich erscheinenden Bibliographie "Gesamtinhaltsverzeichnis der Wissenschaftlichen Zeitschriften der Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik" vorgesehen sowie drei Hefte der Schriftenreihe der Universitäts-Bibliothek, darunter ein Heft mit einer Übersicht über Grundsatzmaterialien für die Informations- und Dokumentationstätigkeit an Universitäten und Hochschulen.

Die Publikationstätigkeit der Zukunft wird sich weniger auf die Spontaneität der Mitarbeiter stützen dürfen und sich stärker an den Bedürfnissen der Forschung und Lehre der Humboldt-Universität orientieren müssen. Dazu ist es erforderlich, auf der Grundlage des Bedarfs planmäßig geeignete Kader zu gewinnen und solche Publikationen herauszubringen, die der Forschung und Lehre, der Ausbildung und Erziehung in den Schwerpunktsektionen der Humboldt-Universität dienen.

Die Aufgabe der Dienststelle Information für die Universitätsleitung kommt bereits in ihrer Benennung zum Ausdruck. In diesem Rahmen ist sie verantwortlich für die monatliche Herausgabe der "Literaturinformationen für die Leitung der Humboldt-Universität". Aufgrund der Auswertung von einschlägigen Referatekarteen und der Durchsicht von Neuerwerbungen an Büchern, Zeitschriften und Universitätschriften wird eine systematisch geordnete Titelliste zu den Gebieten Leitungswissenschaften, Wissenschaftsorganisation und -theorie, Heuristik und Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens, Wissenschaftsplanung und -prognose, Bildungs- und Forschungsökonomie und -statistik, Erziehung und Ausbildung, Weiterbildung, Praxisbeziehungen der Universität, Universitätsreform sowie Hochschulbau angefertigt und mit Referaten versehen. Die vielfältigsten Listen werden an das Büro des Rektors, an die Direktorate und Prorektorate der Humboldt-Universität versandt. Durch laufende Ermittlung des Informationsbedarfs und durch die Kontrolle der Effektivität der Informationen wird angestrebt, die Bedürfnisse der Nutzer optimal zu befriedigen. Neben dieser Liste werden Initiativinformationen an Einzelnutzer der Universitätsleitung gegeben sowie Anfragen nach bestimmten Literaturaufträgen erledigt. Die Bezieher der Literaturinformationen werden in einer Nutzerkartei erfaßt.

Durch eine kontinuierliche Arbeit der Dienststelle Information für die Universitätsleitung wurden bisher gute Erfolge erzielt. Es wird eine Aufgabe der nächsten Zukunft sein, die Tätigkeit der Literaturinformation für den Bereich der Humboldt-Universität mit derselben Tätigkeit an anderen Hochschulen zu koordinieren. Es wäre zum Beispiel denkbar, daß die Universitäts-Bibliothek in Zusammenarbeit mit der Leitstelle für Information/Dokumentation am Institut für Hochschulbildung und -ökonomie eine zentrale Literaturinformation für alle Hochschulen herausgibt.

Als Informationsquellen stehen der Zentralen Informationsabteilung neben dem Bestand der UB eine Handbibliothek zur Ver-

fügung sowie eine Sammlung verschiedener methodischer und theoretischer Materialien zur Informationsarbeit, darunter Übersetzungen, Standards u.dgl.

An Informationsmitteln sammelt die Abteilung Referatekartellen, Literaturzusammenstellungen und die Informationsmittel aus dem Bereich der Humboldt-Universität.

Zur Befriedigung der Wünsche an Kopien und Vervielfältigungen sowohl der Abteilung als auch der Bibliothek sind in der Zentralen Informationsabteilung die reprographischen Geräte konzentriert.

Literatur:

1. In: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für
Hoch- und Fachschulwesen 1969, 8/9, S. 2-4.
2. Abgedr. in: Gesetzblatt der DDR, I/1969, Nr. 3.
3. Anweisungen und Mitteilungen der Humboldt-Universität
zu Berlin, Nr. 22/1970.
4. ebd., § 6.

Der Arbeitskreis der Universitätsbibliotheken und das
Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken
beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen.

Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden genannten Einrichtungen hat noch keine große Tradition; sie wird erst einige Jahre betrieben. Trotzdem soll auf den folgenden Seiten, ausgehend von den Funktionen und der Tätigkeit der beiden Einrichtungen versucht werden, einige Grundzüge für die zukünftige Zusammenarbeit zu skizzieren.

In Übereinstimmung mit dem Neuen ökonomischen System des Sozialismus war das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (vormals das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen) in den letzten Jahren stets bemüht, den Mitarbeitern der wissenschaftlichen Bibliotheken, besonders deren Direktoren, die Möglichkeit einzuräumen, an der Planung und Leitung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens teilzunehmen und sie dazu anzuregen. Der breiten, demokratischen Diskussion aller grundlegenden Entscheidungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen dienten der Beirat für das wissenschaftliche Bibliothekswesen, die Durchführung von Direktorentagungen und daneben, für spezielle, einzelne Bibliothekstypen betreffende Fragen, die verschiedenen Arbeitskreise.

Seit dem Ende der fünfziger Jahre entstanden die Arbeitskreise der Universitätsbibliotheken, der Hochschulbibliotheken, der Landesbibliotheken und der Fachschulbibliotheken. Die Reorganisation des Arbeitskreises der Universitätsbibliotheken wurde im Jahre 1966 durchgeführt, nachdem Dr. Oskar Tyszko, der Direktor der Universitätsbibliothek Berlin, seinen Vorsitz übernommen hatte. Die Aufgabe des Arbeitskreises wird im Protokoll seiner ersten Sitzung und im Zentralblatt für Bibliothekswesen¹⁾ folgendermaßen umrissen: "Der Arbeits-

kreis der Universitätsbibliotheken in der Deutschen Demokratischen Republik berät das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen in allen Fragen, die die Bibliotheken der Universitäten betreffen."

Funktion und Tätigkeit der einzelnen Arbeitskreise in der Vergangenheit zeigen starke Unterschiede. Der Arbeitskreis der Hochschulbibliotheken war und ist noch heute nicht nur als beratendes Organ des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen tätig, sondern widmete sich auch der Weiterbildung der Mitarbeiter, der Lösung von Grundsatzfragen der Arbeit und Entwicklung dieser Bibliotheken und der Klärung von praktisch-organisatorischen Fragen der Bibliotheksarbeit. Die Ursache für die Erweiterung seiner Tätigkeit in dem oben umrissenen Sinn liegt einmal offensichtlich darin, daß die Hochschulbibliotheken jenen Typ der wissenschaftlichen Bibliotheken darstellen, der im Verlauf des letzten Jahrzehnts in der DDR die größte Entwicklung erlebte. Ende der fünfziger Jahre noch Bibliotheken mit häufig lediglich zwei bis drei Mitarbeitern und einigen hundert Studenten, stellen sie heute Einrichtungen dar, die hinsichtlich des Umfangs der zu betreuenden Studenten und der Anzahl der jährlichen Neuerwerbungen den Abstand zu den kleineren Universitätsbibliotheken in schnellem Tempo verringern. Zum anderen ist die personelle Besetzung, besonders die Personalstruktur dieser Bibliotheken im Vergleich zu den Universitätsbibliotheken wesentlich ungünstiger. Dies äußert sich besonders in dem geringen Anteil, den die wissenschaftlichen Bibliothekare am gesamten Kaderbestand ausmachen. Die Qualifizierung der Mitarbeiter und die Mitarbeit der Direktoren an der Lösung von praktisch-organisatorischen Fragen ist in diesen jungen Bibliotheken mit schnell gewachsenem Mitarbeiterstand erfahrungsgemäß dringlicher als in den traditionsreichen, zudem kaderstrukturell begünstigten Universitätsbibliotheken.

Fragen der bibliothekarischen Praxis waren aus der Tätigkeit des Arbeitskreises der Universitätsbibliotheken zwar nicht vollständig, aber doch weitgehend ausgeschlossen. Seine Mitglieder beschäftigten sich vorwiegend mit der Erarbeitung und

Diskussion einiger Dokumente, die für die Stellung der Universitätsbibliotheken im Hochschulbereich und für ihre Funktion von entscheidender Bedeutung sind.

Die erste Beratung des Arbeitskreises der Universitätsbibliotheken galt dem dritten Entwurf des vom Methodischen Zentrum erarbeiteten Sammelschwerpunktplanes für die wissenschaftlichen Bibliotheken. Die Vorarbeiten zum Sammelschwerpunktplan waren von den Arbeitskreisen selbst durchgeführt worden, insbesondere vom Arbeitskreis der Universitätsbibliotheken, der den größten Teil des Planes - die Sammelschwerpunkte für die Gesellschaftswissenschaften - festlegte und die für seine Wahrnehmung geeigneten Bibliotheken nominierte. Im Verlauf der Beratung wurde der Plan durch die Festlegung eines Sammelschwerpunktes für die Sonderformen der technischen Literatur ergänzt und einige Sammelschwerpunkte (z.B. für Journalistik) neu vergeben.

Die weiteren Sitzungen des Arbeitskreises der Universitätsbibliotheken standen zunächst unter dem Zeichen der Ausarbeitung einer Rahmenbibliotheksordnung für Universitätsbibliotheken. Mit Beginn der Diskussion über die Auswirkungen der dritten Hochschulreform auf das Bibliothekswesen an den Hochschulen gewann die Rahmenbibliotheksordnung erheblich an Bedeutung. Sie bildete die Basis für die Ausarbeitung des Modells der Bibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin, dessen Prinzipien durch ein Schreiben des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen für die Umgestaltung des Bibliothekswesens an allen Universitäten der DDR als verbindlich erklärt wurden.

Der Anteil des Methodischen Zentrums an der Ausarbeitung der Rahmenbibliotheksordnung wie des "Berliner Modells" ist relativ gering; die Hauptarbeit lag naturgemäß bei der Leitung des Arbeitskreises, besonders seinem Vorsitzenden.

Die Tätigkeit des Arbeitskreises erschöpfte sich nicht in der Vorbereitung und Verabschiedung der genannten, die Stellung und Funktion der Universitätsbibliothek für lange Zeit festlegenden Materialien. Die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Universitätsbibliotheken - die stän-

dige Zunahme der Nutzung dieser Bibliotheken, verbunden mit dem schnellen Wachstum ihrer Bestände - machten es erforderlich, auch einige wichtige Fragen der Organisation und Praxis dieser Bibliotheken im Arbeitskreis zu behandeln. Zu diesen Fragen gehören die straffe Profilierung des Bestandsaufbaus, die Analyse der Bestandsnutzung, die Möglichkeiten der Bestandslimitierung für Universitätsbibliotheken, der Speicherung wenig benutzter Literatur sowie die Beziehungen zwischen zentralen Hochschulbibliotheken und ihren Zweigstellenbibliotheken.

Bei der Bearbeitung dieser Probleme nahm das Methodische Zentrum sehr aktiv teil. In einer Zeit, in der nicht nur die Buchproduktion, sondern auch die Bücherpreise von Jahr zu Jahr rapide ansteigen, kommen der Kooperation und Koordination des Bestandsaufbaus besondere Bedeutung zu. Auf Anregung des Methodischen Zentrums beschloß der Arbeitskreis auf seiner Sitzung im Jahre 1967, die Erwerbsgrundsätze der Universitätsbibliotheken exakter zu fassen, sie in ihren Prinzipien einheitlich zu gestalten und im Hinblick auf die Festlegungen des Sammelschwerpunktplanes zu überarbeiten. Das Methodische Zentrum wurde gebeten, die vorliegenden Erwerbsgrundsätze der einzelnen Universitätsbibliotheken, soweit sie schriftlich fixiert waren, zu analysieren und eine Methodik für die Ausarbeitung von Erwerbsgrundsätzen vorzulegen.²⁾ Die Lösung dieser Aufgabe, bei der sich das Methodische Zentrum auf die fortschrittlichsten der vorhandenen Ausarbeitungen stützte - insbesondere auf die in Aufbau und Inhalt vorbildlichen Erwerbsgrundsätze der Sächsischen Landesbibliothek in Dresden -, führte zu einer Präzisierung und, damit verbunden, zu einer Verbesserung der Erwerbspolitik in den Universitätsbibliotheken der DDR.

Grundlage und steuerndes Element des Bestandsaufbaus ist die Bestandsnutzung. Unter den heutigen Bedingungen der Arbeitsorganisation an den Universitäts- und Hochschulbibliotheken beeinflußt die Bestandsnutzung den Bestandsaufbau nur indirekt, nämlich durch die Verwertung der Hinweise, die aus der

Analyse der Benutzerkreise und aus Vermutungen über ihre Lektürewünsche abgeleitet werden. Eine nach Titeln vorgenommene, unmittelbare Gegenüberstellung der während eines bestimmten Zeitraums erworbenen und der ausgeliehenen Literatur ist, exakt und vollständig durchgeführt, angesichts der geringen Technisierung an den Universitätsbibliotheken zu arbeitsaufwendig und aus diesem Grunde in der Ausleihstatistik der wissenschaftlichen Bibliotheken in dieser Form nicht vorgesehen.³⁾ Angesichts der Bedeutung, die der Lösung dieser Frage für die Hebung der Effektivität der Bibliotheksarbeit zukommt, erbat der Arbeitskreis vom Methodischen Zentrum eine Übersicht der Methoden zur Einschätzung der Bestandsnutzung. Die Diskussion dieser Übersicht führte zu ersten Maßnahmen der Universitätsbibliotheken, die eine exaktere Erkenntnis über die Bestandsnutzung vermitteln sollen (besondere Kennzeichnung der in den Jahren 1968 - 1970 ausgeliehenen Literatur als Vorarbeit für eine im Jahre 1971 durchzuführende gründliche Analyse).

Es zeugt vom hohen Verantwortungsbewußtsein und vom fortschrittlichen Charakter der Arbeitskreisleitung, die Diskussion über die Möglichkeit, für einen der traditionsreichsten und naturgemäß konservativen Bibliothekstyp wie die Universitätsbibliotheken Bestandslimits festzulegen, eröffnet zu haben. Die Behandlung dieser Fragen, die bereits die Konzeption der Universitätsbibliothek der Zukunft berühren, wurde im Jahre 1967 im Arbeitskreis unter aktiver Teilnahme des Methodischen Zentrums begonnen; ihre Ergebnisse liegen zunächst und vor allem darin, die Direktoren der Universitätsbibliotheken mit einem entscheidenden Problem der weiteren Entwicklung ihrer Einrichtungen vertraut gemacht zu haben. Es ist zu hoffen, daß die Behandlung dieser Frage, in der bisherigen Intensität und Aufgeschlossenheit fortgeführt, bereits in wenigen Jahren zu konkreten Ergebnissen führt.

Die Festlegung von Bestandslimits für Universitätsbibliotheken erfordert als notwendige Ergänzung die Schaffung von Speicherbibliotheken für die ausgesonderte Literatur. Grund-

lage der Diskussion über die Kriterien auszusondernder Bibliotheksbestände sowie über die Funktion und Tätigkeit der Speicherbibliotheken waren die an der Bibliothek der Humboldt-Universität durchgeführten Analysen der Ausleihen⁴⁾. Ihre Ergebnisse spiegeln sich bereits im Prognoseentwurf für das wissenschaftliche Bibliothekswesen bis zum Jahr 1980 wider.

Im Verlaufe der Hochschulreform und ihrer Auswirkungen auf das Bibliothekswesen wurde eine Reihe von Fragen aufgeworfen, von deren sachkundiger und konsequenter Lösung die Leistungsfähigkeit der Universitätsbibliotheken in den kommenden Jahrzehnten entscheidend bestimmt werden wird. Hierher gehört u.a. das alte Problem, in welchem Verhältnis die Bibliotheken der Zweigstellen zur zentralen Universitätsbibliothek stehen. Das Modell der Bibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin sichert zwar der zentralen Universitätsbibliothek die Entscheidungsbefugnis über den Erwerbungsetat, die Kader und die Räumlichkeiten der Zweigstellenbibliotheken, läßt jedoch einige Fragen über den Umfang und Inhalt der Arbeit in den Zweigstellenbibliotheken sowie über den Umfang der zentralen Dienstleistungen der zentralen Bibliothek für ihre Zweigstellenbibliotheken offen. Der Arbeitskreis bat daher das Methodische Zentrum, Standards für die zweckmäßige Funktion, den Bestandsumfang, die Arbeitsorganisation, den Arbeitskräftebedarf, den Flächenbedarf und die technische Ausstattung der Zweigstellenbibliotheken zu erarbeiten. Diese im Jahre 1968 vergebene Aufgabe ist bereits im folgenden Jahr gelöst worden.

So weit zur Zusammenarbeit des Arbeitskreises der Universitätsbibliotheken und des Methodischen Zentrums. Die Zusammenarbeit des Methodischen Zentrums mit den Universitätsbibliotheken erschöpfte sich allerdings bei weitem nicht in den genannten Punkten. Wichtige Bereiche der Tätigkeit des Methodischen Zentrums wurden, obwohl die Universitätsbibliotheken von ihnen betroffen wurden, innerhalb dieses Arbeitskreises nicht behandelt, da es sich hierbei nicht um für diesen Bibliothekstyp spezifische, sondern um solche Fragen handelte, die alle wissenschaftlichen Bibliotheken betreffen. Dies gilt vor allem für die Arbeiten am Geschäftsgangsmodell und die Verwirklichung

des Rationalisierungsprogramms des wissenschaftlichen Bibliothekswesens.

Die kurze Geschichte der Beziehungen zwischen dem Arbeitskreis der Universitätsbibliotheken und dem Methodischen Zentrum ist gekennzeichnet durch eine für beide Seiten fruchtbare Zusammenarbeit. Das Methodische Zentrum profitierte in dieser Zusammenarbeit durch die Diskussion seiner Pläne und Arbeitsmaterialien und erhielt, besonders durch die Leitung des Arbeitskreises, eine Reihe wertvoller Anregungen, die ihm bei der Definierung der echten, zukunftsweisenden Probleme des wissenschaftlichen Bibliothekswesens halfen. Der Arbeitskreis der Universitätsbibliotheken andererseits wurde durch die Ausarbeitung wichtiger Materialien durch Experten des Methodischen Zentrums unterstützt und in seiner Wirksamkeit gefördert.

Geht man von der bisherigen fruchtbaren Tätigkeit des Arbeitskreises der Universitätsbibliotheken und von der Funktion des Methodischen Zentrums aus, so ergibt sich für die weitere Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen folgende Konzeption:

1. Die Tätigkeit des Arbeitskreises der Universitätsbibliotheken verläuft in zwei Richtungen:
 - 1.1. Er berät das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen in allen Fragen, die die Arbeit der Universitätsbibliotheken betreffen. Diese Beratungsfunktion erstreckt sich auch auf die Pläne und anderen grundlegenden Dokumente, die vom Methodischen Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken im Auftrag des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen erarbeitet werden.
 - 1.2. Er dient der Klärung von grundlegenden Fragen der Tätigkeit und Entwicklung der Universitätsbibliotheken. Um diese Aufgabe auf einem hohen Niveau unter Einbeziehung der fortschrittlichen nationalen und internationalen Erfahrungen und in möglichst kurzer Zeit lösen zu können, bedient sich der Arbeitskreis der Unterstützung durch das Methodische Zentrum.

2. Fragen der Weiterbildung liegen außerhalb des Wirkungs-
bereiches des Arbeitskreises. Die Weiterbildung der Mitar-
beiter an Universitätsbibliotheken erfolgt einmal durch
die zentralen Weiterbildungsveranstaltungen des methodi-
schen Zentrums, und zum anderen durch die Leitungen der
Universitätsbibliotheken selbst.
3. Die Lösung praktisch-organisatorischer Fragen, die alle
wissenschaftlichen Bibliotheken betreffen (Beispiele: Ge-
schäftsgangsfragen, die Normung der Arbeit und die Kosten-
rechnung in wissenschaftlichen Bibliotheken), liegt außer-
halb der Wirksamkeit des Arbeitskreises; sie ist Aufgabe
des Methodischen Zentrums und seiner Zusammenarbeit mit
geeigneten einzelnen Universitäts- und anderen Bibliotheken.

Literatur:

1. Vgl. hierzu ZfB 80 (1966), S. 501.
2. Vgl. hierzu Meyer, Günther: Zur Methodik der Erarbeitung von Erwerbungsgrundsätzen. In: ZfB 82 (1968), S. 449 - 461.
3. Die im Bereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen verbindlichen jährlichen statistischen Erhebungsbogen verlangen zwar eine Gliederung der Neuerwerbungen nach Fächern, verzichten aber auf eine solche Untergliederung der Ausleihen.
4. Vgl. hierzu die Arbeit von Adelheid Kasbohm: Zum Problem der wenig benutzten Literatur in wissenschaftlichen Bibliotheken. In: ZfB 81 (1967), S. 131 - 149.